

Rundbrief 2024

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 5 Junge DGO
- 6 Zweigstellen

Neues aus der DGO

- 8 Die Listung der DGO als „extremistische Organisation“ in Russland – weitere Reaktionen und Maßnahmen
- 8 Hackerangriff auf den Email-Server der DGO

Publikationen

- 10 Zeitschrift OSTEUROPA
- 14 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 18 Länder-Analysen
- 20 Osterweiterung – der DGO Podcast

Mitglieder

- 22 Junge DGO
- 24 Personalien

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 26 „Die Angriffe auf die DGO sind Teil eines hybriden Krieges Russlands gegen Deutschland“ Interviews mit Caroline von Gall und Nadezhda Beliakova zu den Folgen der Angriffe auf die DGO

Veranstaltungsberichte

- 30 DGO Congress of Central and East European Studies – ceecon 24
- 36 Osteuropa-Expertise: Wissenschaft und „Softpower“ in Zeiten des Krieges. Veranstaltung anlässlich des 75. Jubiläums der (Wieder-)Gründung der DGO in Stuttgart
- 40 Gespaltene Gesellschaft in Estland
- 42 Feuertöfcer in Belarus: NS-Verbrechen und Erinnerungspolitik
- 44 Academia in Ukraine in Times of War – Current Challenges and Future Perspectives
- 46 Digitale Geschichte in und mit Zentralasien. Eine Seminarreihe an der FAU Erlangen-Nürnberg (Zweigstelle Erlangen/Nürnberg)

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

im November des letzten Jahres feierte die DGO das 75jährige Jubiläum ihrer Wiedergründung. 1949, vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde sie auf Betreiben des früheren Generalsekretärs der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas (DGSO) und Schriftleiters der Zeitschrift OSTEUROPA, Klaus Mehnert, in Stuttgart wiederbelebt. In den Entwicklungen der DGO in den letzten 75 Jahren spiegeln sich die Beziehungen (West-)Deutschlands zum östlichen Europa. Die neue Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde war ein westdeutsches Produkt. Die Teilung Deutschlands, vor dessen Hintergrund die Wiedergründung der DGO verstanden werden muss, stand am Beginn des Kalten Kriegs. Die Wiedervereinigung Deutschlands gilt als ihr Ende. Auch sie hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Entwicklung unserer Gesellschaft: Aus der westdeutschen DGO wurde nach 1989 sukzessive wieder ein gesamtdeutscher Verband von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen. Und nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 entwickelte sich die wissenschaftliche Arbeit über das östliche Europa verstärkt zu einer internationalen Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem östlichen Europa.

Die Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik bleibt bis heute für unsere Gesellschaft virulent. Sie ist vor dem Hintergrund des russischen Kriegs gegen die Ukraine und zunehmender russischer Angriffe auf Politik, Gesellschaft und Infrastruktur in Deutschland zum augenblicklichen Zeitpunkt vielleicht virulenter als 1949. Die Angriffe richten sich auch gegen die Osteuropa-Wissenschaften. Empirische Forschung zum östlichen Europa ebenso wie internationale wissenschaftliche Kooperationen sind erheblich erschwert und mit Staaten wie Russland und Belarus nicht mehr möglich. Die Listung der DGO als „extremistische Organisation“ ist ein Teil dieser Eskalation. Die Juristin Caroline von Gall, Mitglied im Vorstand der DGO, erläutert in diesem Rundbrief die Folgen für unseren Verband und für die Wissenschaftsfreiheit – auch in Deutschland. Und die Historikerin Nadezhda Beliakova, die Russland im Jahr 2022 aus politischen Gründen verlassen hat, berichtet wie sich die außenpolitischen Entwicklungen auf ihre eigene Forschung auswirken.

Forschung und Wissenschaftsaustausch zum östlichen Europa funktionieren aber auch unter erschwerten



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

Bedingungen. Ein lebendiges Beispiel dafür bot der zweite internationale Wissenschaftskongress ceecon24, den die DGO mit Unterstützung ihrer Fachgruppen und gemeinsam mit weiteren Partnern im Oktober 2024 an der Freien Universität ausrichtete. Und um den Stand der Wissenschaften und der Wissenschaftsfreiheit in Belarus, Russland und der Ukraine ging es bei einer Veranstaltungsreihe, an der sich die DGO ebenfalls im Herbst 2024 beteiligte.

Zentralasien stand im vergangenen Jahr im Mittelpunkt unterschiedlicher Publikationen der DGO. Gleich zwei Themenhefte beschäftigten sich mit der Region. Die Zeitschrift OSTEUROPA-RECHT untersucht im Band 1/2024 die Rechtsentwicklung in einigen zentralasiatischen Staaten Der Band „Fließbild. Politik und Gesellschaft in Zentralasien“ der Zeitschrift OSTEUROPA beleuchtet die Entwicklungen aus dem (sicherheits-) politischen und wirtschaftlichen Blickwinkel ebenso wie im Hinblick auf Migration, Ökologie und Religion. Die Zentralasien-Analysen lieferten unter anderem Untersuchungen zum Einfluss der Taliban in der Region sowie zur Aufarbeitung des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan. Weitere Informationen zu den Veranstaltungen und Publikationen der DGO in der zweiten Jahreshälfte 2024 sowie über die Aktivitäten der Zweigstellen und der Jungen DGO finden Sie auf den folgenden Seiten. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre

Dr. Gabriele Freitag

Social Mobility

Laura Loew

Social Advance in Socialist Poland, 1944-1974

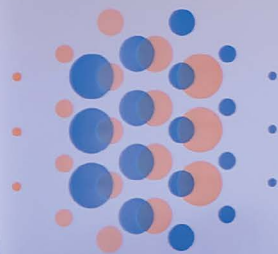
Piotr Majda

Nexus of Power: Investigating Informal Networks in Russia

ceecon24

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.



ceecon

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.



Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
4.–6. Juli, Gießen	JOE-Tagung 31. Tagung Junger Osteuropa-Expert*innen (JOE)	Forschungsstelle Osteuropa; Justus-Liebig University Gießen; JLU Osteuropäische Geschichte; Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZo); International Graduate Centre for the Study of Culture; Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft
7.–8. Oktober, Berlin	Kongress DGO-Congress of Central and East European Studies (ceecon)	Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)
18. November, Stuttgart	Podiumsdiskussion Osteuropa-Expertise: Wissenschaft und „Softpower“ in Zeiten des Krieges Veranstaltung anlässlich des 75. Jubiläums der (Wieder-)Gründung der DGO in Stuttgart	Ifa – Institut für Auslandsbeziehungen
25. November, Berlin	Präsentation und Podiumsdiskussion Academia in Ukraine in Times of War. Current Challenges and Future Perspectives	Science at Risk Emergency Office, KIU Competence Network Interdisciplinary Ukrainian Studies Frankfurt (Oder), Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
27. November, Bielefeld	Podiumsdiskussion Gespaltene Gesellschaft in Estland Aufzeichnung: https://www.youtube.com/live/ZW8JIV-ZdNk?feature=shared	Nord-Ost-Institut Lüneburg
9. Dezember, Berlin	Präsentation und Podiumsdiskussion Academic Freedom in Russia. State Repression and its Influence on Academic Practice	Science at Risk Emergency Office, LSI – Integrative Research Institute Law & Society, Humboldt-Universität zu Berlin
12. Dezember, Berlin	Präsentation und Podiumsdiskussion Academic Freedom in Belarus: Political Repression and its Consequences	Science at Risk Emergency Office, Forum für historische Belarus-Forschung, Fern-Uni Hagen
	Veranstaltungsreihe FORUM FÜR HISTORISCHE BELARUS-FORSCHUNG	Forum für historische Belarus-Forschung
24. September, online	Online-Diskussion 85 Years after the Hitler-Stalin Pact: Consequences and Remembrance in Belarus, Lithuania and Ukraine Aufzeichnung: https://tinyurl.com/Dialog-im-Krieg	Museum Berlin Karlshorst

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
18. November, Berlin	Buchpräsentation Feuerdörfer. Wehrmachtsverbrechen in Belarus – Zeitzeugen berichten	Forum für historische Belarus-Forschung, Leibniz-Zentrum für Literatur und Kulturforschung
9. Dezember, online	Online-Diskussion Feuerdörfer in Belarus: NS-Verbrechen und Erinnerungspolitik Aufzeichnung: https://youtu.be/-EQLZpYJeUM?feature=shared	Forum für historische Belarus-Forschung, Leibniz-Zentrum für Literatur und Kulturforschung



Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
10. Juli, online	YOUNG RESEARCH FORUM DER JUNGEN DGO: Vom (Un)recht der eigenen Existenz. Legitimationsverhalten in de-facto Staaten am Beispiel Abchasiens	

Regionalgruppen der Jungen DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bayern		
24. Oktober, Erlangen	Vortrag How to do things with stories. Zur Wirkmächtigkeit viraler Geschichten im Ostmittel- und Osteuropa des langen 19. Jahrhunderts	Matthias Melcher (München)
12. Dezember, München	Filmvorführung und Gespräch Die 1990er Jahre in der Slowakei im Film: Rivers of Babylon (1998)	Olha Norba (Bratislava)
Berlin / Brandenburg		
30. Oktober, Stübice	#nachgehakt Parlamentswahl Georgien	Nino Dolidze (Tbilisi), Nina Vaxanski (Tbilisi), Veronika Pfeilschifter (Jena/Berlin)

Zweigstellen: Rückschau 2. Hälfte 2024

Datum / Ort	Titel	Referent*Innen
Bochum		
10. Juil, Bochum	Vortrag Menschgemachte Wasserwelten? Der Aralsee und seine Zuflüsse im Fluss der Jahrhunderte	Jörn Happel (Hamburg)
Dresden		
Veranstaltungsreihe: Mediale Aufreger		
13. November, Dresden / online	Vortrag Tränen und Thrill: Russlands Krieg gegen die Ukraine in staatlichen TV-Talkshows	Magdalena Kaltseis (Innsbruck)
11. Dezember, Dresden / online	Vortrag Mediale Aufreger: Internetmemes im Ukrainekrieg	Tetjana Ivanchenko (Dresden)
Erlangen / Nürnberg		
31. Oktober, Erlangen / online	Vortrag Female Migrant Workers from Western Ukraine in the Late Soviet Village. Oral Histories of Gendered Life Courses and Economic Change	Kateryna Burkush (Jena)
Freiburg		
9. Juli, Freiburg	Vortrag Nebel und Horizont: Über Widerstand und Zukunft in der Sprache der ukrainischen Landschaft	Kateryna Mishchenko (Berlin)
16. Juli, Freiburg	Vortrag Demokratie tippen, verwehren, zuschreiben. Erste Überlegungen zu einem historischen Blick auf die russländische liberale Hauptstadtpresse der frühen 1990er Jahre	Daniel Schrader (Regensburg)
12. November, Freiburg	Vortrag Weißrussland oder Belarus? Die Weiße Rus in Landkarten und Geschichtsbüchern	Thomas Bohn (Gießen)
Gießen / Marburg		
17. Dezember, Gießen	Vortrag und Diskussion Ukrainische Museen im Krieg und die Rettung des Kulturerbes	Svetlana Boltovska (Berlin)
Hamburg		
11. Dezember, Hamburg	Vortrag Kolonialität und Erinnerung. Die Kontroverse um die russische Fernsehserie „Suleikha öffnet die Augen“ Aufzeichnung: https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go-/get/v/70676	Nuria Fatykhova (Wien)



Datum / Ort	Titel	Referent*Innen
Heidelberg		
21. Oktober, Heidelberg	Vortrag Ukrainian Resistance and the Future of Europe	Volodymyr Yermolenko (PEN Club Ukraine)
7. November, Heidelberg	Vortrag Vernichtungsort Malyj Trostenez. Geschichte und Erinnerung in Belarus	
Jena		
2. Dezember, Jena	Vortrag Putin – Historian in Chief	Nicolas Werth (Paris)
Münster		
22. August, Münster	Podiumsdiskussion Zweieinhalb Jahre russische Invasion. Die Ukraine im Überlebenskampf auf dem langen Weg nach Europa	Martin Fischer (Gummersbach), Miriam Kosmehl (Berlin), Tetiana Lopashchuk (Berlin), Ruprecht Polenz (Berlin / Münster), Michael Roick (Berlin), Irina Wutsdorff (Münster)
13. November, Münster	Lesung und Gespräch Die Verteidigung der Poesie in Zeiten dauernden Exils	Volha Hapeyeva (München)
Regensburg		
22. Oktober, Regensburg	Vortrag Die Politik der Entkommunisierung in der Ukraine 2014–2024	Yaryna Yasynevych (Kyjiw)

Neues aus der DGO

Die Listung der DGO als „extremistische Organisation“ in Russland – weitere Reaktionen und Maßnahmen

Bereits im letzten Rundbrief haben wir Sie über die Listung der DGO als „extremistische Organisation“ in Russland informiert. Zahlreiche Institutionen aus Wissenschaft und Forschung haben darauf reagiert und ihre Solidarität mit der DGO zum Ausdruck gebracht. Im Kern werten alle diese Reaktionen die Listung der DGO als Angriff auf die internationale Wissenschaftsfreiheit und verweisen auf die schwerwiegenden Konsequenzen für die gesamte deutschsprachige Osteuropaforschung. Gleichzeitig appellieren sie an die Politik, diesem Angriff entschieden entgegenzutreten und die Schutzfunktion gegenüber der Wissenschaft wahrzunehmen.

Die DGO hat inzwischen Einspruch gegen die Entscheidung des Obersten russischen Gerichtshofs erhoben, zudem hat der deutsche Botschafter in Moskau in einer Verbalnote gegen die Listung der DGO protestiert. Über den weiteren Verlauf der Ereignisse werden wir Sie wie gewohnt auf dem Laufenden halten.

Eine Übersicht über alle Reaktionen auf die Listung der DGO finden Sie auf unserer Website: <https://dgo-online.org/informieren/aktuelles/listung-extremistisch-hackerangriff-dgo-reaktionen/>



Wir bedanken uns bei den folgenden Institutionen für Ihre Solidarität:

- ... den Universitäten Bielefeld, Bochum, Bremen, Dresden, Frankfurt (Oder), Gießen, Jena, Potsdam und Tübingen
- ... den internationalen Fachverbänden BASEES, ASEES, ICCEES, FAREES, and SFERES
- ... der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
- ... dem Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF)
- ... der Heinrich-Böll-Stiftung
- ... der Deutschen Gesellschaft für Soziologie
- ... dem Verband der deutschen Slavistik

Hackerangriff auf den Email-Server der DGO

Im vergangenen Sommer wurde bekannt, dass über längere Zeit unbefugt von außen auf den Email-Server der DGO zugegriffen wurde. Die vorliegenden Informationen deuten auf staatlich-russische Akteure als Urheber hin, die gezielt nach Informationen über die Arbeit der DGO gesucht haben. Mit Unterstützung des Bundesamts für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) konnte die Sicherheitslücke geschlossen werden. Die DGO hat zudem Strafanzeige gestellt.

Vorstand und Geschäftsführung werten den Hacker-Angriff und die Listung der DGO als „extremistische Organisation“ in Russland als Teil der russischen hybriden Kriegsführung gegen Deutschland. Die DGO hat sich daher mit einer Reihe von Forderungen an verschiedene Ministerien und das Kanzleramt gewandt, um die Sicherheit aller mit der DGO assoziierten Personen gewährleisten zu können.

Die Details zum Hackerangriff und die Forderungen an die Bundesregierung können Sie unserer Pressemitteilung entnehmen:

Pressemitteilung: Im Fokus russischer Desinformation. Hacker attackieren Email-Server der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO e.V.)

Berlin, 10. Oktober 2024

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde ist Ziel eines Hackerangriffs geworden. Unbefugte haben über einen längeren Zeitraum Emails ausgewählter Postfächer des Fachverbandes ausgeleitet. Die vorliegenden Informationen deuten auf staatlich-russische Akteure als Urheber hin. Die DGO sieht diesen Angriff – gemeinsam mit ihrer Einstufung als „extremistische Organisation“ in Russland – als Teil der russischen hybriden Kriegsführung gegen Deutschland an.

Russland führt diesen Krieg mit dem Ziel, die deutsche Gesellschaft zu verunsichern. Dies haben Medienberichte der

letzten Monate deutlich gemacht. Auch die DGO ist Ziel dieser hybriden Kriegsführung. Im Juli dieses Jahres wurde sie in Russland als „extremistische Organisation“ gelistet. Inzwischen ist klar, dass der Wissenschaftsverband bereits über einen längeren Zeitraum Ziel eines Cyberangriffs war. Dieser Angriff, der hochprofessionell und technisch äußerst versiert durchgeführt wurde, zielte darauf ab, umfassende Informationen über die Arbeit der DGO zu erhalten.

Die so entstandene Sicherheitslücke konnte in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) inzwischen geschlossen werden.

Mit den jüngsten Attacken auf die DGO eskaliert Russland seinen hybriden Krieg gegen Deutschland weiter. Durch die Listung als „extremistische Organisation“ gilt die DGO – nach russischem Recht – als eine kriminelle Vereinigung mit allen rechtlichen Konsequenzen für ihre Mitglieder, ihre Organe und ihr weiteres Umfeld. Daraus erwachsen weitreichende Folgen für die osteuropabezogene Wissenschaft in Deutschland und darüber hinaus, denn die persönliche Freiheit von Wissenschaftler*innen, egal welcher Staatsangehörigkeit, wird massiv eingeschränkt. Eine fundierte Forschung zu Russland soll so weiter unterbunden werden.

Die DGO ist die erste deutsche Organisation und die erste wissenschaftliche Einrichtung überhaupt, die von russischer Seite als „extremistisch“ gelistet wurde. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden weitere Organisationen in Deutschland und anderen Staaten folgen. Daher ist es unerlässlich, dass Bundesregierung und Bundestag strategische Antworten auf diese russischen Angriffe finden:

- die Einstufung der DGO sollte mit russischen staatlichen Behörden auf unterschiedlichen Ebenen thematisiert und scharf zurückgewiesen werden;
- Wissenschaftler*innen, die Forschungsreisen in Staaten unternehmen, die enge Beziehungen zu Russland pflegen, müssen umfassend geschützt werden;
- bestehende und neue Forschungsk Kooperationen mit diesen Staaten sollten an eine

Schutzgarantie für Wissenschaftler*innen aus Deutschland geknüpft werden;

- politisch gefährdete Wissenschaftler*innen aus Belarus, Russland und anderen autokratisch regierten Staaten sollten analog zu gefährdeten Personen aus dem Medien- und Menschenrechtsbereich Schutz in Form von Asyl erhalten;
- wir brauchen dringend eine Strategie zur langfristigen Sicherung der Osteuropa-, insbesondere der Russlandforschung.

Die DGO steht bereits mit verschiedenen Ministerien sowie Abgeordneten des deutschen Bundestages im Austausch und setzt sich für die genannten Maßnahmen ein. Der Vorstand der DGO hat hier eine klare Haltung: „Wir werden uns den Versuchen, fundierte und kritische Forschung zu Russland zu unterbinden, nicht beugen und unsere Arbeit unbeirrt weiterführen“, so Ruprecht Polenz, Präsident der DGO.

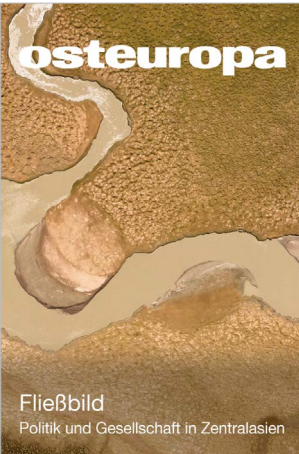
Publikationen

OSTEUROPA



Die Ukraine steht im Mittelpunkt von OSTEUROPA 6–7/2024. An historischen Karten zeigt Olena Palko, dass die Idee der unabhängigen Ukraine seit Mitte des 19. Jahrhunderts verfolgt wurde; heute kursierende ukrainische Karten, die den Zerfall Russlands zeigen, sind dagegen nicht mehr als magisches Denken. Analysen widmen sich Russlands Raub ukrainischer Kinder, dem angestrebten Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche sowie dem Kriegsgeschehen. Die Juristen Luchterhandt und von Gall nehmen mit der Staatsanwaltschaft und dem Verfassungsgericht zwei Machtpfeiler der Putin-Diktatur unter die Lupe. Andreas Heinemann-Grüder macht sich auf die Spur von Putins Mannen in Deutschland. Abgerundet wird der Band durch zwei Studien über die OSZE, die durch Russlands systematische Obstruktion und den Krieg schwer beschädigt ist.

Der Band umfasst 224 Seiten und 11 Karten. DGO-Mitglieder können ihn für 16,00 € (statt 24,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.



Zentralasien ist im Fluss. Der globale Wettbewerb zwischen China, Russland und dem Westen um Einfluss, Rohstoffe und Transportrouten hat mit dem russischen Angriff auf die Ukraine eine neue Dynamik erhalten, die auch vor den Staaten der Region nicht Halt macht. „Fließbild“ lautet daher auch der Titel von OSTEUROPA 8–10/24. Das Heft beleuchtet die Entwicklungen der Region aus verschiedenen Blickwinkeln: So zeigt Valdimir Ryžkov auf, wie es den zentralasiatischen Staaten gelingt, ihre außenpolitische Unabhängigkeit im Zusammenhang mit Russlands inneren und äußeren Schwierigkeiten zu vergrößern. Roland Götz, Tatiana Lanshina und Yana Zabanova befassen sich mit Fragen von Energie und Wirtschaft und Felix Eick begibt sich auf die Spur deutscher Exporte. Eingeleitet wird der Band mit einem Blick auf die langen Linien: der großen Synthese Bert Fragners aus dem Zentralasien-Band von 2007.

Der Band umfasst 412 Seiten, 36 Abbildungen und 18 Karten. DGO-Mitglieder können ihn für 20,00 € (statt 28,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

EDITORIAL Fabrizierte Feinde	Caroline von Gall Vom Gegengewicht zum Machtpfeiler Verfassungsgericht im Autoritarismus	Cornelius Friesendorf Die Demontage der OSZE Russland, der Krieg und die Folgen
Olena Pal’ko Wunsch und Wirklichkeit Die Ukraine als kartographisches Konstrukt	Johannes Rohr „Extremistisch“ Moskau erfindet ‚Volksfeinde‘“	Paul Schröck „Spez für russische Fragen“ Aufstieg und Selbstbild Klaus Meh- nerts
Mykola Homanyuk, Oleksij Hnatyuk, Valentyn Žaronkin Das Fell eines unerlegten Bären verteilen Karten über den Zerfall Russlands	Andreas Heinemann-Grüder Putins Mannen Kremlaffine Milieus in Deutschland	
Andreas Umland Russlands Kinderraub Ukrainische Opfer, internationale Reaktionen	Oleg Loginov Russlands Geopolitik mit Getreide Handelsgut und Instrument der Außenpolitik	
Otto Luchterhandt Ein Pfeiler der Putin-Diktatur Die Staatsanwaltschaft	Thomas Vogel In schwierigem Fahrwasser Die OSZE in Zeiten des Krieges	

Inhalt

EDITORIAL Fließbild	Die Verwaltungsgebiete Zentrala- siens	Asel Doolotkeldieva Das Volk und der starke Staat Repolitisierung in Kirgistan
Bert G. Fragner Hochkulturen und Steppenreiche Der Kulturraum Zentralasien	Die zentralasiatischen Staaten in Zahlen	Otto Luchterhandt Berg-Badachschan und Karakalpak- stan Nationale Autonomien in geographi- schen Problemzonen
Shairbek Dzhuraev Zentralasien – Globaler Süden? Eine Verortung	Temur Umarov Usbekistans neue Chinapolitik Chancen und Grenzen der Koope- ration	Bruce Pannier Repressionen gegen Pamiri Tadschikistan und das Autonome Gebiet Berg-Badachschan
Vladimir Ryžkov Gesteigertes Interesse Russland und die Staaten Zentrala- siens	Eleonora Tafuro Ambrosetti Die Türkei in Zentralasien Akteure, Interessen, Politikfelder	Grazvydas Jasutis, Elizaveta Chmykh Regimestützen Turkmenistans Gewaltapparate
Nurseit Niyazbekov Kasachstans Balanceakt Zwischen Russland, China und der EU	Andrea Schmitz Islam und säkularer Staat in Usbe- kistan Von der Religion zur Staatsdoktrin	ENERGIE UND WIRTSCHAFT
Nargis Kassenova Prekäre Balance Kasachstans Sicherheit in Zeiten des Krieges	Sherzod Eraliev, Rustamjon Urin- boyev et al. Legal, illegal, digital Usbekische Migranten in Russland und der Türkei	Roland Götz Vorerst unverzichtbar Fossile Energien in Zentralasien

Jenniver Sehring, Timur Dadabaev
Wasserpolitik in Zentralasien
Nutzungskonkurrenz und Solidarität

Felix Eick
Drehkreuz Zentralasien
Wo sich die Spur deutscher Exporte verliert

Rafael Aguirre Unceta
Ressourcenfluch
Auswirkungen des Bergbaus in Kirgistan

Tatiana Lanshina, Yana Zabanova
Energiewende in Kasachstan
Der lange Weg zur Kohlenstoffneutralität

Farkhod Aminjonov
Energiewende gegen die Energiekrise
Strategien der zentralasiatischen Staaten

Henryk Alff
Sowjeterbe statt Nachhaltigkeit
Kasachstans Landwirtschaft

INNEN UND AUSSEN

Robert Kindler
Erinnerung und Tabuisierung
Sowjetgeschichte und Aşarşylyq in Kasachstan

Rustam Burnashev, Irina Chernykh
Selbst-Bestimmung
Kasachstans Gesellschaft und der Krieg in der Ukraine

Gemma Pörzgen
Ein weißer Fleck
Zentralasien in der deutschen Berichterstattung

Andrej Kazancev
Wissenschaftler, Scharfmacher, Karrieristen
Zentralasien-Expertise in Russland

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030 / 30 10 45 -81 /-82.



In Georgien reißen die Proteste gegen Wahlfälschung nicht ab. Angst geht um, dass die neue Regierung das Land in Russlands Orbit führen könnte. In Moldova klagen die Behörden über massive Einmischung aus Russland. Und in der Ukraine greift Russlands Armee systematisch zivile Infrastruktur an, um die Menschen mürbe zu machen. Drei Schauplätze eines Konfliktes: Soll die politische Ordnung liberal oder autoritär sein? Osteuropa nimmt im neuen Band „Druckpunkte“ diesen Konflikt und das Kriegsgeschehen unter die Lupe und analysiert, warum die autoritären Führer Orbán und Fico sich zunehmend als „Putin-Versteher“ profilieren.

Der Band umfasst 256 Seiten, 16 Abbildungen und 4 Karten. DGO-Mitglieder können ihn für 18,00 € (statt 24,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

EDITORIAL
Der schwarze Punkte

Zaal Andronikashvili
„Schutzlos gegenüber Russland“
Wahlen in Georgien: Alptraum, 3. Akt

Hans Gutbrod
Verräterische Zahlen
Manipulation der georgischen Wahlen

Anna Guminska
Sandu gewählt, Spaltung zementiert
Präsidentschaftswahlen in Moldova

Martin Schulze Wessel
Weltbilder im Widerstreit
Nachrüstung und Russlands Krieg

Benno Ennker
Das süße Gift Appeasement
Russlands Krieg und deutsches Lavieren

Vladimír Handl, Kateřina Řežábková, Zuzana Zavadilová
Prager Zeitenwende

Tschechien, Russland und der Ukrainekrieg

Internationale Unterstützung für die Ukraine
Finanzen, Militär, Flüchtlinge

Krisztián Ungváry
Die Russlandverstehher
Orbán, die Ungarn und der Ukrainekrieg

Alexander Duleba
Die zwei Gesichter des Robert Fico
Die Slowakei, Russland und der Ukrainekrieg

Sergej Kučerov
Öl gegen Leichen
Die Allianz Nordkorea-Russland

Nikolay Mitrokhin
Russlands Krieg gegen die Ukraine
Wochenberichte Herbst 2024

Nikolay Mitrokhin
Das dritte Kriegsjahr
Vier Szenarien für 2025

Peter Sawicki
Neustart verschoben
Polen, Deutsche und der Schatten des Krieges

Martina Winkler
Populismus in der Slowakei
Weltbild und Politik der Fico-Regierung

Hella Engerer
Abkopplung von Russland
Wie weit sich die EU bei Gas und Öl gelöst hat

Namig Abbasov, Emil A. Souleimanov
Aufstieg eines Verbrechers
Kadyrovs Gewaltherrschaft in Tschetschenien

Felix Riefer
Die Russlanddeutschen
Von der Schicksals- zur Erinnerungsgemeinschaft

OSTEUROPA-Recht



Zentralasien tritt zunehmend aus dem Schatten der Großmächte China und Russland heraus. Insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Region in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Dabei sind die fünf zentralasiatischen Staaten aus unterschiedlichen Gründen interessant: Als Energie- und Rohstofflieferanten, Wirtschaftspartner, aber auch aus rechtswissenschaftlicher Sicht, wie das Heft der Zeitschrift OSTEUROPA-Recht zeigt.

Vor allem in Kasachstan und Usbekistan – den Schwerpunktstaaten des Hefts – treffen ganz unterschiedliche Rechtstraditionen aufeinander: Die sowjetische Tradition, islamisches Recht sowie westliche Einflüsse, besonders nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Daher ist die Region geeignet, die Wirkungsweise von „legal transplants“ zu untersuchen, also Rechtsnormen, die aus einer Rechtsordnung in eine andere übertragen werden. Das Heft stellt hierbei den Schutz des Eigentums und das Wirtschaftsrecht in den Mittelpunkt und fragt, unter welchen Umständen eine solche Transplantation gelingen kann.

Inhalt

- Mahsuda Tadjibayeva**
Uzbekistan's competition law and legal transplants
- Utkirbek Kholmiraev**
Uzbek LLCs as a Legal Transplant: Evolution, Challenges, and Future Reforms
- Ermek B. Abdrasulov, Bagila T. Tleulesova**
Constitutional Control Body of the Republic of Kazakhstan on Issues Regarding the Conception of Property, the Equality of State and Private Property
- Nurgaliyeva Ajdana Bachytovna**
Protection Mechanism of Constitutional Property Rights: Content in Kazakhstani Criminal Proceedings

- Aizhan Abdrasulova**
Legal Regulation of Intangible Objects: Experience of the Kazakhstan Republic
- Nurgaliyeva Enlik Nurgalieвна**
Problems of Combining Public and Private Interests in Kazakhstan Labour Legislation
- Asal Juraeva**
New era of administrative reforms in Central Asia – a brief overview
- Yerik Akhmetov, Bergengul Ahmet**
Application of the principle of active role of courts in proving an administrative case in Kazakhstan

Nargiza Ramazonova
Intellectual Property Regimes in Central Asia: Assessing Innovation Performance, International Agreements, And WTO Participation



Die kommunale Selbstverwaltung ist die Keimzelle von Demokratie und politischer Partizipation. Sie prägt das Gesicht des verfassten Gemeinwesen als unterste Ebene der Ausübung öffentlicher Gewalt und ist der Ort des direkten Kontakts mit der Exekutive. Dadurch ist die Teilhabe am politischen Geschehen hier unmittelbarer und stärker ausgeprägt als auf anderen Ebenen. Mit Ausgabe 2/24 widmet die Osteuropa-Recht der kommunalen Selbstverwaltung daher ein ganzes Themenheft.

Die einzelnen Texte setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte. Allein drei Beiträge widmen sich der finanziellen Seite der kommunalen Selbstverwaltung in unterschiedlichen Länder des östlichen Europas. Die Wichtigkeit einer wirksamen Garantie der finanziellen Dimension zeigt Kazimierz Bandarzewski am Beispiel Polens auf. Der Beitrag von Dan-Adrian Caramidariu thematisiert die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung durch die Einbindung des Landes in EU-Strukturen.

Weitere Texte nehmen verschiedene Themen des Privatrechts in den Blick, so z.B. eine jüngere Entscheidung zum Insolvenzrecht in Rumänien oder die rechtliche Fürsorge für Erwachsene mit psychischen Beeinträchtigungen in Rumänien.

Inhalt

- Kazimierz Bandarzewski**
Strengths and Weaknesses of Polish Local Government: Basic Considerations
- Dan-Adrian Caramidariu**
Vom starren Zentralismus zu Autonomie und Dezentralisierung nach europäischem Muster
Kommunale Selbstverwaltung und lokale Finanzhoheit in Rumänien
- Dimitar Stoimenov**
Finanzautonomie der Gemeinden und Finanzverhältnisse zwischen Gemeinden und Staat in Bulgarien

- Codruța Guzei-Mangu**
Protection of Adults Through Judicial Counselling and Special Legal Guardianship
- Dimitar Stoimenov**
Neue Gesellschaftsform für Startups in Bulgarien – die Gesellschaft mit wechselndem Kapital
- Alexandra Bob**
The Unilateral Termination of Contracts in Insolvency Proceedings: The Romanian Hidroelectrica S.A. Case



Heft 3/24 der Osteuropa-Recht thematisiert einige der zahlreichen Folgen, die der völkerrechtswidrige Angriff Russlands gegen die Ukraine in verschiedenen Rechtsgebieten hat. Einleitend befasst sich Pavel Usvatov mit der vom ihm so bezeichneten Gleichschaltung des russländischen Bildungssystems und macht deutlich, dass der Schwerpunkt zunehmend auf die „Förderung traditioneller Werte“ liegt. Dies wiederum sei Mittel zum Zweck um die nationale Sicherheit zu stärken.

Ende 2023 ist das neue ukrainische Gesetz über Verwaltungsvfahren in Kraft getreten, das Bernhard Schloer zufolge das Zeug zur Erfolgsgeschichte hat. Der entsprechende Beitrag geht auf die im Gesetz verankerten Grundprinzipien des Verwaltungsverfahrens ein und verweist auf den Einfluss ähnlicher Gesetze in den EU-Mitgliedsstaaten.

Weitere Beiträge thematisieren die Umformung des bulgarischen Regierungssystems, die Möglichkeiten der Durchsetzung rechtsstaatlicher Standards in den EU-Kandidatenländern sowie die die Regentschaft der ehemaligen russischen Großfürstin als Königin Olga der Hellenen.

Inhalt

- Pavel Usvatov**
Rechtsgrundlagen der Gleichschaltung im russländischen Bildungssystem

Bernhard Schloer
Die Prinzipien des neuen Verwaltungsverfahrens-gesetzes der Ukraine

Ivo Gruev
Executive Aggrandizement in Bulgaria: A Move towards Presidentialism?

- Doris Wydra**
Contested Procedures: The Challenge of Enforcing European Standards of Judicial Independence in EU Accession Countries

Dimitrios Parashu
Eine ehemalige russische Großfürstin in griechischer staatsrechtlicher Verantwortung: Geschichte und rechts-historische Befunde der Regentschaft von Königinmutter Olga der Hellenen (November – Dezember 1920)

Bestellungen
Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag:
abo@nomos.de.
Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 26,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.



Tamina Kutscher, Klaus Gestwa

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.



Belarus-Analysen

Nr. 71 (05.07.2024)
Repression in der Wissenschaft / Agenda 2030

Nr. 72 (24.07.2024)
Belarussische Opposition

Nr. 73 (31.07.2024)
Legitimierung des Regimes in Belarus

Nr. 74 (10.10.2024)
Außenhandel von Belarus

Nr. 75 (29.11.2024)
Verhältnis zwischen Kyjiw und der belarussischen Opposition

Nr. 76 (12.12.2024)
Legitimität des Lukaschenka-Regimes

Polen-Analysen

Nr. 331 (02.07.2024)
Die polnisch-ukrainischen Beziehungen seit dem russischen Angriffskrieg

Nr. 332 (09.07.2024)
Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit

Nr. 333 (03.09.2024)
Ordo Iuris. Fundamental-katholische Juristen im Kampf um Deutungshoheit

Nr. 334 (17.09.2024)
Der polnische Außenhandel mit Nahrungs- und Agrarprodukten

Nr. 335 (15.10.2024)
Das erste Jahr der Regierung Tusk

Nr. 336 (05.11.2024)
Korruptionsbekämpfung in Polen

Nr. 337 (19.11.2024)
Politische Eliten in Polen – 1989–2020

Nr. 338 (03.12.2024)
Die Polnische Armee 2024

Russland-Analysen

Nr. 452 (05.07.2024)
Geheimhaltung und Manipulation von Daten

Nr. 453 (24.07.2024)
Stimmen aus Russland: Museumswesen / Gewalt gegen Frauen

Nr. 454 (26.07.2024)
Nordkaukasus / Russisch-Orthodoxe Kirche

Nr. 455 (12.09.2024)
Russlands Weizenexporte

Nr. 456 (11.10.2024)
Russlands Auslandspropaganda

Nr. 457 (25.10.2024)
Wirtschaftsmodell und Eliten

Nr. 458 (20.12.2024)
Einstellung zum Krieg

Nr. 459 (23.12.2024)
Silowiki

Ukraine-Analysen

Nr. 302 (03.07.2025)
Beziehungen zu Ungarn / Beziehungen zu Rumänien / Beziehungen zu Moldau / Beziehungen zu Belarus

Nr. 303 (29.07.2024)
EU-Beitrittsprozess

Nr. 304 (26.09.2024)
Regierungsumbildung / Außen- und Agrarhandel

Nr. 305 (09.10.2024)
Energieversorgung / Grüne Transformation

Nr. 306 (15.11.2024)
Friedensverhandlungen

Nr. 307 (28.11.2024)
Verhältnis zur belarussischen Opposition

Nr. 308 (13.12.2024)
Herausforderungen für die ukrainische Landwirtschaft

Zentralasien-Analysen

Nr. 165 (30.09.2024)
Grüner Wandel und Usbekistans Außenwirtschaft mit Russland und China / Zentralasien im dritten Jahr von Russlands Krieg gegen die Ukraine / Parlamentarische Aufarbeitung des deutschen Einsatzes in Afghanistan

Nr. 166 (09.12.2024)
Zentralasien, die Taliban und der „Islamische Staat – Khorasan-Provinz / Parlamentswahl in Usbekistan / Nuklearreferendum in Kasachstan

Caucasus Analytical Digest

<https://css.ethz.ch/publikationen/caucasus-analytical-digest.html>



No. 137 (Juli 2024)
Georgia in the Run-Up to the Parliamentary Elections

No. 138 (September 2024)
Generation Change in Georgia? Caucasus Barometer Results

No. 139 (Oktober 2024)
Georgia’s Civic Sphere in Times of Fundamental Rupture

Ukrainian Analytical Digest

<https://css.ethz.ch/publikationen/uad.html>



No. 007 (Juli 2024)
Policy-Making and Policy Makers

No. 008 (September 2024)
The War of Maps? Spatial (Mis)Representations of the Russo-Ukrainian War in the Digital Context

No. 009 (Oktober 2024)
Ukraine’s Energy and Climate Challenges

No. 010 (December 2024)
Relations with Ukraine’s Neighbors

OSTERWEITERUNG – der DGO Podcast

Die DGO verfügt über umfassende Expertise zu allen Ländern des östlichen Europa. Diese Expertise gibt es nun auch als Podcast! In „OSTERWEITERUNG – der DGO Podcast“ laden wir renommierte Expert*innen ein und diskutieren mit ihnen über aktuelle Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der Region.

OSTERWEITERUNG ist kostenlos über alle gängigen Podcast-Plattformen abrufbar, z.B. auf Podcast.de, Spotify, Amazon, YouTube oder Apple Podcast.

Die neuen Episoden im Überblick:

Episode 13: Religion und Krieg. Die Rolle der Orthodoxie in der Ukraine

Welche Rolle spielen die ukrainischen Kirchen im Schatten des russischen Angriffskrieges? Angesichts des Verbots des moskautreuen Teils der Kirche durch das ukrainische Parlament besprechen wir mit der Professorin für Ostkirchenkunde, **Regina Elsner**, sowie dem Osteuropahistoriker, **Wilfried Jilge**, die aktuellen Ereignisse. Dabei geht es um die Entwicklungen der verschiedenen orthodoxen Kirchen in der Ukraine, deren Bedeutung für Gesellschaft und Identität sowie die Einflüsse aus Moskau.

<https://www.podcast.de/episode/650333915/religion-und-krieg-die-rolle-der-orthodoxie-in-der-ukraine>



Episode 14: Wirtschaft und Politik in Zentralasien: Herausforderungen und Chancen

Wo stehen die fünf zentralasiatischen Staaten politisch und wirtschaftlich nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine? **Yana Zabanova** vom Research Institute for Sustainability – Helmholtz Centre Potsdam (RIFS Potsdam) und **Manfred Sapper**, Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA (DGO), diskutieren in der aktuellen Ausgabe über die Rolle wichtiger Akteure wie Russland, China und die EU in der Region, beleuchten die heterogene wirtschaftliche Entwicklung der fünf zentralasiatischen Staaten und untersuchen den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Herausforderungen der Energiewende.

<https://www.podcast.de/episode/651789309/wirtschaft-und-politik-in-zentralasien-herausforderungen-und-chancen>



Dalia Grybuskaitė

Mitglieder

Veröffentlichungen

Bakir, Acelya: [Sehen, Hören, Mitmachen. Die mediale Inszenierung der Moskauer Schauprozesse und die Mobilisierungskampagnen in der Sowjetunion \(1936–1938\)](#), Stuttgart: Franz Steiner, 2024.

Behrends, Jan Claas / **Grinchenko**, Gelinada / **Beck**, Marieluise / **Mikheieva**, Oksana (Hrsg.): [Deutsch-ukrainische Geschichten. Bruchstücke aus einer gemeinsamen Vergangenheit](#). Stuttgart: ibidem, 2024.

Aschmann, Birgit / **Behrends**, Jan Claas / **Neitzel**, Sönke / **Pschichholz**, Christian (Hrsg.): [„When you catch one kill him slowly“. Militärische Gewaltkulturen von der Frühen Neuzeit bis zum Zweiten Weltkrieg](#). Krieg und Konflikt, Bd. 23. Frankfurt: Campus, 2024.

Bohn, Thomas M.: [Russian Historiography from 1880 to 1905. Pavel N. Miliukov and the Moscow School](#). New York: Berghahn Books, 2024.

Bumann, Ninja / **Jobst**, Kerstin S./ **Rohdewald**, Stefan / **Troebst**, Stefan (Hrsg.): [Handbook on the History and Culture of the Black Sea Region](#). Berlin: DeGruyter, 2024.

Engel, Christine: [Gibt's da noch was zu lachen? Politische Witze aus Putins Russland](#). Königswinter: Heel Verlag, 2024.

Hilbrenner, Anke / **Meissner**, Christoph / **Morré**, Jörg (Hrsg.): [Riss durch Europa. Die Folgen des Hitler-Stalin-Pakts](#). Göttingen: Wallstein, 2024.

Koch, Anna / **Stach**, Stephan (Hrsg.): [Holocaust Memory and the Cold War. Remembering across the Iron Curtain](#). Berlin: DeGruyter, 2024.

Koschek, Marcel: [Local Internationalists. Polish and Central European Esperantist networks between the local, national, and global, c. 1890s–1910s](#). Berlin: epubli, 2024.

Kusber, Jan / **Conrad**, Benjamin / **Bogojavlenska**, Svetlana (Hrsg.): [Wege aus dem Krieg. Auf der Suche nach Frieden und Stabilität in Nordosteuropa nach 1918. Transformationen – Differenzierungen – Perspektiven](#), Bd. 13. Berlin: Peter Lang, 2024.

Kusber, Jan / **Misāns**, Ilgvars / **Maike** Sach (Hrsg.): [Die drei Leben eines Historikers. Robert Vipper \(1859–1954\) in der russischen, lettischen und sowjetischen Geschichtsschreibung](#). Berlin: Peter Lang, 2024.

Lorenz, Astrid et al.: [Narrating the Rule of Law. Patterns in East Central European Parliaments](#). Cham: Springer, 2024.

Lukas, Reinald: [Mensch bleiben in der Arbeitswelt. Zur Geschichte der Gemeinsamen Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau \(GSA\)](#). Münster: Lit-Verlag, 2024.

Neutatz, Dietmar et al.: [Umbrüche und Umdeutungen. Heroisierungen in historischer Perspektive](#). Göttingen: Wallstein, 2024.

Nicolosi, Riccardo / **Obermayr**, Brigitte (Hrsg.): [Adventure Narratives in the Early Soviet Union](#). Boston: Academic Studies Press, 2024.

Plotnikov, Nikolaj: [Konzepte der „Person“ in der russischen Ideengeschichte. Studien zum interkulturellen Begriffstransfer](#). Wiener Slawistischer Almanach – Sonderbände, Bd. 103. Berlin: Peter Lang, 2024.

Röger, Maren / **Stolarska-Fronia**, Małgorzata: [Gezeigte Grenzen. Erkundungen deutsch-polnisch-jüdischer Beziehungsbilder zwischen 1890 und 1920](#). Dresden: Sandstein 2024.

Scharff, Roland: [Ostmitteleuropa und seine Agrarverfassung in der Frühen Neuzeit. Evolution und Involution](#). Stuttgart: Ibidem, 2024.

Spahn, Susanne: [Das Russland-Netzwerk. Wie ich zur Russland-Versteherin wurde und warum ich es heute nicht mehr sein kann](#). Frankfurt a.M.: Frankfurter Allgemeine Buch, 2024.

Stadelbauer, Jörg: [Georgien. Geographie, Geschichte, Wirtschaft](#). Wiesbaden: L Reichert, 2024.

Personalien

Abschiede

Hannelore **Horn**, Berlin
Verstorben am 18. Oktober 2023

Rolf-Dieter **Kluge**, Worms-Herrnsheim
Verstorben am 13. März 2024

Friedrich-Christian **Schroeder**, Regensburg
Verstorben am 26. März 2024

Maria **Deppermann**, Innsbruck
Verstorben am 8. Juli 2024

Klaus **Melsheimer**, Berlin
Verstorben am 4. November 2024

Christian **Eichhorn**, Düsseldorf
Verstorben im Herbst 2024



Junge DGO

Bericht: Ariana Kravchuk und Phillip Schroeder

Auch die zweite Jahreshälfte war für die Junge DGO ereignisreich. Zum Sommer hin haben sich neue Regionalgruppen gebildet, die zweijährige Laufzeit und die ersten Erfahrungen innerhalb einiger Gruppen aus Nord, Ost, Süd und West haben dafür gesorgt, dass es einige Umstrukturierungen gab. So gibt es seit Sommer 2024 nunmehr die Regionalgruppen Bayern (vormals München und Bamberg/Erlangen) und Berlin/Brandenburg (wie auch zuvor). Gießen/Marburg sowie Hamburg/Lüneburg sind neu hinzugekommen und repräsentieren nun den Norden und Mitteldeutschland. Es hat sich gezeigt, dass aufgrund einer hohen Fluktuation bei jungen Mitgliedern größere regionale Zusammenschlüsse sinnvoll sind, um Kontinuitäten aufrecht zu erhalten.

Alle Regionalgruppen wurden auch direkt aktiv: Am 24. Oktober begann das Wintersemester für die neue Regionalgruppe Bayern mit einem Vortrag von Matthias Melcher (München) im Oberseminar des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt der Geschichte Osteuropa an der FAU Erlangen-Nürnberg. Bei der Veranstaltung, die in Kooperation mit dem Lehrstuhl organisiert wurde, stellte Matthias Melcher seine Dissertation vor und sprach zum Thema „How to do things with stories. Zur Wirkmächtigkeit viraler Geschichten im Ostmittel- und Osteuropa des langen 19. Jahrhunderts“. Am 12. Dezember folgte die zweite Veranstaltung des Wintersemesters – diesmal in München. Für einen Filmabend mit anschließender Diskussion zum slowakischen Klassiker der 1990er Jahre „Rivers of Babylon“ konnte Olha Norba (Berlin/Bratislava) gewonnen werden. Mit slowakischer Kofola gestärkt

entwickelte sich nach dem Film eine interessante Diskussion. Für 2025 dürfen wir auf weitere Filmabende mit der Regionalgruppe und eine Kooperation mit dem Tschechischen Haus in München gespannt sein.

Die Regionalgruppe in Berlin hat an ihrem chai & piwo-Stammtisch festgehalten. Darüber hinaus gab es eine hybride Veranstaltung, bei der die Regionalgruppe mit Expert*innen und Gästen die Wahlen in Georgien verfolgte. Für das kommende Jahr soll ein Berufsorientierungsprogramm ausgebaut werden, bei dem junge Mitglieder Einblicke in verschiedene Tätigkeitsfelder bekommen. Wir sind gespannt! Daneben plant die Regionalgruppe noch eine Exkursion nach Eisenhüttenstadt, die hoffentlich auch 2025 stattfinden kann.

In Gießen/Marburg begann die Junge DGO das Wintersemester 2024/25 mit ihrem regelmäßigen Format, der „Osteuropavernetzung“. Das Treffen, das stets eine inhaltliche Diskussion mit lockerem Beisammensein verbindet, war zu Beginn des Semesters dem Austausch zwischen neuen und alten Mitgliedern gewidmet. Im Oktober 2024 beteiligte sich die Ortsgruppe Gießen/Marburg dann an dem Workshop „Hörerfahrung Osteuropa. Neue Impulse für den Kanon der klassischen Musik“ an der Reading Week des Fachbereichs Sozial- und Kulturwissenschaften der JLU Gießen. Bei dem Workshop wurden Synergien zwischen der historischen Osteuropaforschung und den Musikwissenschaften hervorgehoben. Im Dezember setzte die Junge DGO die Reihe der „Osteuropavernetzung“ mit einer weiteren Veranstaltung fort. Gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Denis Cenusa (JLU Gießen) wurde das Thema „Russischer Einfluss auf Wahlen in Osteuropa am Beispiel von Moldawien, Georgien und Rumänien“ beleuchtet. Mit der Filmvorführung „People of Steel“, die in Zusammenarbeit mit dem Gießener Zentrum

östliches Europa (GiZO) realisiert wurde, schloss die Regionalgruppe dann das Jahr. Der Dokumentarfilm, in dem über das Schicksal ukrainischer Kriegsgefangener in Russland erzählt wird, zog sowohl universitätsinternes wie auch interessiertes städtisches Publikum an. Die Regionalgruppe wird weitere Filmvorstellungen veranstalten, geplant ist zudem eine thematische Veranstaltung zu russischem Einfluss auf die serbischen Wahlen.

Die Regionalgruppe Hamburg/Lüneburg hat mit Vernetzungstreffen in den beiden Hansestädten begonnen und weitet ihre Aktivitäten aus.

Wir freuen uns, dass die Arbeit der vier Regionalgruppen seit Herbst 2024 so gut angelaufen ist und sich neue Potenziale entwickelt haben. Die Gruppen werden bis mindestens Mitte 2027 bestehen und wir hoffen, dass sie auch darüber hinaus ihre Arbeit fortsetzen können.

Im Rahmen des Mentoring-Programms wurde eine Zwischenevaluation durchgeführt. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden waren überwiegend positiv. Besonders geschätzt wird die individuelle Beratung und der fachliche Austausch zu Themen wie Promotion, Vernetzung und Karriereplanung. Die Mentor*innen unterstützen die Mentees gezielt bei Fragen zum Berufsweg und geben wertvolle Einblicke in verschiedene Karriereperspektiven. Die bisherigen Ergebnisse bestätigen den Wert des Programms und unterstreichen seine Bedeutung für die berufliche und persönliche Entwicklung vieler unserer jungen Mitglieder.

Wir freuen uns über die aktive Mitarbeit und das Engagement unserer jungen Mitglieder und schauen gespannt auf die tollen Veranstaltungen und Formate, die uns 2025 noch erwarten. Wir wünschen den Regional- und Arbeitsgruppen viel Erfolg bei ihren Aktivitäten.

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

„Die Angriffe auf die DGO sind Teil eines hybriden Krieges Russlands gegen Deutschland“ – Listung der DGO als „extremistische Organisation“ und ihre Folgen

Die Listung der DGO als „extremistische Organisation“ in Russland hat weitreichende Folgen – nicht nur für die Arbeit der DGO, sondern für die gesamte deutsche Osteuropaforschung und die internationale Wissenschaftsfreiheit. Sie ist Teil einer transnationalen russischen Repression, die kritische Stimmen zum Schweigen und Forschung zu Russland erschweren möchte. Wir haben mit zwei Personen aus dem Umfeld der DGO gesprochen, die die Listung und ihre Folgen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven betrachten. DGO-Vorstandsmitglied und Rechtswissenschaftlerin Caroline VON GALL sieht die Einstufung als Teil des hybriden Krieges Russlands an und betont die Folgen für die Wissenschaftsfreiheit. Die Historikerin Nadezhda BELIAKOVA, die vor zwei Jahren ihre russische Heimat verlassen hat und nun in Bielefeld arbeitet, gibt Einblicke in die Auswirkungen auf ihr Privat- und Berufsleben.

Caroline von Gall: „Transnationale Repression durch Drittstaaten ist als neue Querschnittsaufgabe zu begreifen“

DGO: Die DGO ist die erste deutsche Institution, die als „extremistisch“ gelistet ist und die erste wissenschaftliche. Welche Ziele verfolgt das Regime in Moskau mit diesem Schritt?

Caroline von Gall: Wenn man formal auf die reine Aktenlage schaut, dann wissen wir nicht, was Russland der DGO vorwirft. Der DGO wurde nie eine offizielle Begründung für die Listung zugestellt, auch aus dem Urteil des Obersten Gerichtes wird nicht klar, was der DGO konkret vorgehalten wird.

Nun kann man Vermutungen darüber anstellen, welche der Aktivitäten der DGO ausschlaggebend waren – ein bestimmter Vortrag oder ein bestimmter Artikel? Man kann fragen, in welcher Abteilung in den Moskauer Behörden diese Entscheidung getroffen wurde, ob es eine Anordnung von „ganz oben“ war oder ob ein unterer Beamter in vorausseilendem Gehorsam gehandelt hat. Auf jeden Fall erging die Entscheidung willkürlich. Willkür gehört zum Wesen der Repression. Die Unberechenbarkeit im Hinblick auf den konkreten Fall ist gewollt und zielt auf einen breiten Einschüchterungseffekt.

Entscheidend ist, dass das Ziel der Maßnahme eindeutig ist. Die Angriffe auf die DGO sind Teil eines hybriden Krieges Russlands gegen Deutschland. Nach der außenpolitischen Doktrin sieht Russland die „anti-russische Politik“ der europäischen Staaten als Bedrohung, die es mit allen Mitteln zu „neutralisieren“ gelte. Mit der „anti-russischen Politik“ ist klar eine Politik gemeint, die dem russischen Regime kritisch gegenüber steht. Der autoritäre russische Staat sieht den liberalen Westen als Gefahr. Auf dieser Grundlage versucht Russland heute, mit den Mitteln der Sabotage, Desinformation und der Repression Russland-kritische Stimmen zu bekämpfen und pro-russische Kräfte zu unterstützen. Es geht darum, die eigene illiberale Politik im russischen Interesse durchzusetzen und die Unterstützung der Ukraine zu brechen. Hier spielt die DGO mit ihrer Osteuropaexpertise natürlich eine wichtige Rolle. Wenn Expertinnen und Experten mundtot gemacht werden, dann ist pro-russische Desinformation leichter zu verbreiten. Insofern waren Einschüchterungsversuche gegenüber der DGO, ihren Mitgliedern und Kooperationspartnern insgesamt zu erwarten.

DGO: Die Listung der DGO als „extremistische Organisation“ in Russland betrifft nicht nur alle Mitglieder der DGO, sondern auch diejenigen Personen und Institutionen, die in irgendeiner Form mit der DGO zusammenarbeiten. Inwiefern hat dies Folgen für die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland?

Von Gall: Sie alle können nicht mehr frei reisen, weder nach Russland, noch in Drittstaaten, die nach

Russland ausliefern. Dritte werden von der wissenschaftlichen Zusammenarbeit abgehalten. Natürlich hat die Maßnahme vielfach ein Unsicherheitsgefühl ausgelöst und soll den Einzelnen davon abhalten, zur russischen Politik und zum russischen Krieg gegen die Ukraine und dem Westen zu arbeiten und sich dazu zu äußern. Es ist eine erhebliche abschreckende Wirkung, gerade auch gegenüber Nachwuchswissenschaftler*innen zu befürchten. Die Listung hat bei der DGO Ressourcen geblockt, die wiederum an anderer Stelle fehlen. Mitglieder sind ausgetreten.

Und auch wenn Deutschland nicht nach Russland ausliefert, ist es ein Problem, dass das russische rechtsstaatswidrige Urteil nicht aus der Welt geschaffen werden kann. Der Rechtsweg gegen die Entscheidungen in Russland kann keine Hilfe verschaffen. Eine Rehabilitation ist nicht möglich. Und auch wenn in Deutschland weitgehend Klarheit herrscht, dass es sich um politisch motivierte Entscheidungen eines Unrechtsregimes handelt, bleibt ohne Rehabilitation ein Stigma. Dies ist umso problematischer als Wissenschaftler, die sich öffentlich für die Unterstützung der Ukraine aussprechen, als „Kriegstreiber“ starkem Hass bis hin zur Morddrohungen von pro-russischen Stimmen in Deutschland ausgesetzt sind. In dieser politischen Lage können die russischen Urteile auch hier politische Wirkung entfalten.

Mit der Maßnahme verletzt der autoritäre Staat nicht nur Rechte des Einzelnen, sondern auch die deutsche Souveränität und das völkerrechtliche Gebot der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten. Es wird gezeigt, dass der repressive Staat mit autoritären Maßnahmen auf die Gesellschaft des Zielstaates einwirken kann. Diese Bedrohung ist asymmetrisch, da sich die russische Maßnahme über die Institutionen der liberalen Demokratie wie den Rechtsstaat und die Menschenrechte in Deutschland hinwegsetzt.

DGO: Was können, was sollten staatliche Stellen tun, um die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland zu schützen?

Von Gall: Transnationale Repression durch Drittstaaten ist als neue Querschnittsaufgabe zu begreifen. Als notwendig erweist sich eine ressortübergreifende Anlaufstelle für Betroffene, die sicherheitspolitische, rechtsstaatliche und außenpolitische Fragen verbindet. Es ist an ein Register zu denken, das über die Fälle



Prof. Dr. Caroline von Gall ist gegenwärtig Senior Fellow der Kolleg-Forschungsgruppe „Universalism and Particularism in European Contemporary History“ der LMU München. Zuvor war sie Assistenzprofessorin für Öffentliches

Recht an der Goethe-Universität Frankfurt/Main (2022–2024) und Gastprofessorin für Internationales und Öffentliches Recht an der FU Berlin (2020–2022). Sie promovierte zum vergleichenden Verfassungsrecht an der Universität zu Köln, wo sie als Juniorprofessorin (2012–2020) zu einem Thema im europäischen Menschenrechtsschutz habilitiert wurde. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des Verfassungs- und Völkerrecht, insbesondere dem europäischen Menschenrechtsschutz und dem Verfassungsrecht von Autokratien sowie der Justizgesetzgebung. Caroline von Gall ist langjähriges Mitglied im Vorstand der DGO.

Siehe dazu auch den Beitrag von Caroline von Gall in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. Januar 2025: „Schutzlos ausgeliefert“: <https://zeitung.faz.net/faz/politik/2025-01-30/cf1cbd9c1eb2be9d-4c4fdb635cd77f3a/?GEPC=s9>



aufklärt. Eine offizielle, einsehbare Zurückweisung des Unrechtsurteils aus Russland durch deutsche Behörden könnte einen rechtsstaatlich notwendigen Rechtsschutz mit einem Freispruch ersetzen, den russische Gerichte verweigern. Im Lichte der sich wandelnden innen- und geopolitischen Situation muss geprüft werden, mit wem entsprechende Sicherheitsinformationen geteilt werden. Es muss laufend geprüft werden, welche Staaten nach Russland ausliefern. Letztlich muss völkerrechtlich auf die russische Intervention reagiert werden. Durch Sanktionen müssen Täter in Russland zur Verantwortung gezogen werden. Wir brauchen insofern dringend eine umfassende Strategie, um auf den russischen hybriden Angriff gegen Deutschland durch Desinformation, Sabotage, Cyberattacken und Repression zu antworten.

Es muss aber auch stärker darüber nachgedacht werden, wie Wissenschaft gelingen kann, die unter der Androhung von Gewalt steht. Aus der Schutzpflicht für die Wissenschaft müssen staatliche Organe Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit durch Dritte ausgleichen. Eine bessere Stellenlage in der gegenwartsbezogenen Osteuropaforschung, z.B. auch mit mehr Tenure-Track Positionen, könnte jedenfalls zusätzliche karrieretechnische Unsicherheiten ausgleichen. Das ist angesichts der Herausforderungen durch die russische Aggression und Desinformation ohnehin dringend geboten.

Letztlich ist auch die Gesellschaft gefragt. Resilienz gegen Autokratien können Institutionen nicht alleine erreichen. Personen und Einrichtungen in Deutschland, die russischen Cyberattacken oder Repressionen ausgesetzt waren, haben aber bisher wenig gesellschaftliche Solidarität erfahren. Eine positive Ausnahme ist unter anderem der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk: Er nahm die Listung der DGO zum Anlass, um aus Solidarität Mitglied zu werden. Angesichts der autoritären Bedrohung von verschiedenen Seiten ist es gesamtgesellschaftlich unbedingt notwendig, wacher im Hinblick auf autoritäre Desinformation zu werden und bei Repression und Einschüchterung stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu entwickeln.

Nadezhda Beliakova: „Wir haben es nicht einmal mehr gewagt, zur Beerdigung des Vaters meines Mannes zu fahren“

DGO: Sie sind russische Staatsbürgerin und DGO-Mitglied und damit von der Listung der DGO ganz besonders betroffen. Inwiefern spüren Sie die Auswirkungen der Listung für sich persönlich und in Ihrer wissenschaftlichen Arbeit?

Nadezhda Beliakova: Natürlich hat das Auftauchen der DGO auf dieser Liste meine Verwundbarkeit nur noch verstärkt. Zum Zeitpunkt der Listung war ich bereits in Deutschland und hatte Russland verlassen, da ich meine Antikriegs-Haltung öffentlich geäußert hatte. Doch nicht nur in Bezug auf Russland, sondern auch hier in Deutschland spüre ich die Auswirkungen deutlich. Dennoch war es emotional schwierig, die Absurdität und Abwegigkeit dieser Listung zu verarbeiten.

Emotional wurde es vor allem in Bezug auf meine persönlichen Umstände: Meine drei Kinder konnten ihre betagten Großeltern in Russland seit mehr als zwei Jahren nicht besuchen und vor Kurzem haben wir es nicht einmal mehr gewagt, zur Beerdigung des Vaters meines Mannes zu fahren. Niemand von uns kann wirklich abschätzen, welche tatsächlichen Konsequenzen die Mitgliedschaft in einer als extremistisch eingestuften Organisation – wie die DGO – haben kann.

Gleichzeitig bringt meine Situation in Deutschland eigene Herausforderungen mit sich: meine Familie hat keinen Status erhalten, der ihren Schutz in Deutschland garantieren würde und die Verlängerung unseres Aufenthaltstitels hängt ausschließlich von der Beschäftigungssituation meines Mannes und mir ab.

Interessanterweise haben meine Kolleginnen und Kollegen in Russland kaum auf die Listung reagiert. Der Krieg dauerte zu diesem Zeitpunkt bereits zweieinhalb Jahre, russische Institutionen waren weitgehend aus der globalen akademischen Gemeinschaft ausgeschlossen und die Trennung hatte faktisch bereits stattgefunden. Angesichts der vielfältigen repressiven Maßnahmen der Regierung, der wöchentlich aktualisierten Listen „ausländischer Agenten“ und der allgemeinen Entpolitisierung des akademischen Umfelds hat diese Listung kaum Aufmerksamkeit erregt.

DGO: Haben Sie den Eindruck, dass die Listung Ihre Zusammenarbeit mit anderen Personen und Institutionen beeinflusst?

Beliakova: An deutschen Universitäten gilt ein Verbot der Zusammenarbeit mit russischen Institutionen. Als ich im Sommer 2022 nach Bielefeld kam, wurde mir mitgeteilt, dass ich beispielsweise nicht an Konferenzen in Russland teilnehmen und dort weder Artikel veröffentlichen noch thematische Sonderausgaben herausgeben dürfe. Infolgedessen musste ich auf die Veröffentlichung eines Open Access-Journals in russischer Sprache zum Thema „Geschichte des christlichen Friedensaktivismus und Pazifismus“ verzichten. Ehrlich gesagt weiß ich nicht, ob es sich hierbei um eine offiziell festgelegte Richtlinie oder eher um informelle „mündliche Signale“ wachsamer Kollegen handelt.

Was meine persönliche Zusammenarbeit betrifft: Ich halte an den Werten der wissenschaftlichen Freiheit fest und

bin zudem erfahren im kritischen Umgang mit ideologischen Zwängen – eine Kompetenz, die ich ursprünglich in der dissidentischen Umgebung meiner Familie erworben habe. Darüber hinaus befasse ich mich mit Forschungsthemen, die sich mit der Geschichte des Überlebens, des Andersdenkens und des Nonkonformismus auseinandersetzen. Ich denke, dass nicht nur ich, sondern auch meine ukrainischen oder russischen Kolleginnen und Kollegen Strategien entwickelt haben, um sich von normativen Vorgaben – insbesondere von der Erwartung, „auf der richtigen Seite zu stehen“ – distanzieren zu können.

Die Listung der DGO hatte keinerlei Einfluss auf meinen wissenschaftlichen Austausch in Russland. Diejenigen, die in Russland „vorsichtig“ und „loyal“ sein wollten, haben den Kontakt zu mir bereits nach meiner Ausreise in ein „unfreundliches“ Land abgebrochen. Für meine engen wissenschaftlichen Kolleginnen und Kollegen, die über die letzten zwanzig Jahre auch zu persönlichen Freundinnen und Freunden geworden sind, hat mein Status als Mitglied einer „extremistischen Organisation“ keinerlei Bedeutung. Allenfalls war er Anlass für ironische Bemerkungen – früher hatten sie nur einen Verdacht, jetzt gibt es eine offizielle Bestätigung meines „Extremismus“.

DGO: Sind tiefergehende Forschungen zu Russland unter den aktuellen Umständen überhaupt noch möglich?

Beliakova: Ich denke, dass der Krieg zwischen Russland und der Ukraine neue Herausforderungen für die akademischen Gemeinschaft mit sich gebracht hat – insbesondere im Hinblick auf ihre Vulnerabilität und Abhängigkeit von politischen Konjunkturen. Die Erklärungen der forschungsfördernden Institutionen (Forschungsstiftungen) über die Unzulässigkeit von Forschungsreisen nach Russland (und später auch in die Ukraine) waren meiner Meinung nach nicht nur durch Sicherheitsüberlegungen motiviert, sondern auch durch andere Faktoren. Tatsächlich spielten der erschwerte Zugang zu Quellen und die Unmöglichkeit einer teilnehmenden Beobachtung sozialer Prozesse unter Kriegsbedingungen den autoritären politischen Regimen, insbesondere in Russland, in die Hände.

Gleichzeitig führte die sich radikalisierende politische Agenda, die ich in Deutschland beobachtet habe, dazu, dass in den sozialen Medien vor allem jene akademischen Experten sichtbar waren, die mit ihren Äußerungen nicht nur zur Konflikteskalation



Nadezhda Beliakova hat im Jahr 2022 gemeinsam mit ihrer Familie Russland verlassen und erhielt zunächst ein Stipendium der Gerda Henkel Stiftung für bedrohte Wissenschaftlerinnen. Inzwischen ist sie Forschungsstipendiatin der

Philipp Schwartz-Initiative an der Universität Bielefeld. Nadezhda Beliakova studierte Geschichte an der Staatlichen Lomonossow-Universität in Moskau, wo sie 2009 promovierte. Sie forschte und lehrte an verschiedenen Institutionen in Moskau und war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Weltgeschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften.

beitrugen, sondern auch die Stigmatisierung ihrer Kollegen und Kolleginnen in Russland vorantrieben. Für mich bleibt daher die Frage offen, inwieweit tatsächlich akademische Forschung möglich ist, die unabhängig von einer sich radikalisierenden politischen Agenda bleibt. Wie konnte es so weit kommen, dass die Untersuchung sozialer Prozesse, die Vielfalt der Akteure und Stimmen zunehmend vernachlässigt wurde, während gleichzeitig Narrative dominieren, die einzelne politische Akteure entweder als Kriegsverbrecher oder als Helden stilisieren?

Ich bin überzeugt, dass die Russlandforschung (ebenso wie die Forschung zur Ukraine und den anderen post-sowjetischen Republiken) nicht nur weiterhin notwendig, sondern sogar besonders dringend ist. Allerdings sollte sich die Wissenschaft, insbesondere die deutsche Osteuropaforschung, zunächst ehrlich fragen: Was ist in den letzten Jahrzehnten schiefgelaufen? Ein genauerer Blick auf die Forschungsschwerpunkte – sowohl auf die untersuchten als auch auf die vernachlässigten Themen (und Personen) der Russlandforschung nach dem Ende des Kalten Krieges – könnte möglicherweise eine teilweise Antwort auf diese Frage liefern. Nicht weniger wichtig ist die Frage, ob die akademische Gemeinschaft über Mechanismen verfügt, um sich gegen erstarkende autoritäre Narrative zu behaupten.

Veranstaltungsberichte

OGO Congress of Central and East European Studies – ceecon 24

Bericht: Gabriele Freitag, Sebastian Lambertz

Bereits zum zweiten Mal fand 2024 der OGO Congress of Central and East European Studies (ceecon) an der Freien Universität Berlin statt. Die OGO hat damit erneut ein internationales Forum für den wissenschaftlichen Austausch und den interdisziplinären Dialog zum östlichen Europa geschaffen. In acht Sektionen diskutierten mehr als 300 Teilnehmer*innen aus 20 Ländern Forschungsfragen aus zahlreichen Fachgebieten. Ebenso standen wissenschaftspolitische Fragen zur Forschungsförderung, die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit oder Wissenschaftskooperationen in Zeiten von Krieg und Diktatur auf der Agenda. Auch junge Wissenschaftler*innen hatten wieder die Möglichkeit, ihre Forschungsprojekte bei ceecon zu präsentieren.

ERÖFFNUNGSPANEL: INTERDISCIPLINARITY AND AREA STUDIES: OPPORTUNITIES AND CHALLENGES

OGO-Congress
7. und 8. Oktober 2024,
Freie Universität Berlin

In Kooperation mit dem
Osteuropa-Institut der Freien
Universität Berlin und dem
Zentrum für Osteuropa- und
internationale Studien (ZOiS)

Gefördert vom Bundesministerium
für Bildung und Forschung (BMBF) und der Deutschen
Forschungsgemeinschaft (DFG)

Eröffnet wurde der Kongress mit einer Diskussion zur Interdisziplinarität. Diese wird heute in der Wissenschaftsförderung als Standard gefordert. Aber wie

ausgeprägt sind interdisziplinäre Forschungsansätze in der Wissenschaft und speziell in der Osteuropaforschung tatsächlich?

Die Panelist*innen diskutierten zunächst die Entwicklung der Osteuropaforschung nach dem Ende des Kalten Kriegs. In den USA, so der Politikwissenschaftler Peter RUTLAND von der Wesleyan University, wurde die anfängliche Aufbruchstimmung in den Osteuropawissenschaften schnell von einer Krisenstimmung abgelöst. Das Interesse an der Erforschung der Entwicklungen im östlichen Europa ging deutlich zurück. In Deutschland

ging die Forschung zum östlichen Europa ebenfalls zurück, auch weil viele Wissenschaftler*innen davon ausgingen, dass sich die ostmittel- und osteuropäischen



v.l.n.r.: Peter Rutland, Angelika Nußberger, Maciej Górny, Ulrich Schmid

Staaten den westeuropäischen angleichen würden. Entsprechend wurden auch Fördermittel gekürzt. Dabei zeigten die Entwicklungen in Ungarn und Polen in den letzten fünfzehn Jahren, dass ein spezifisches Wissen über die Region immer noch erforderlich ist, so die Rechtswissenschaftlerin Angelika NUSSBERGER von der Universität Köln. Maciej GÓRNY von der Polnischen Akademie der Wissenschaften konstatierte eine Verlagerung der Osteuropaexpertise aus dem akademischen Bereich in die Thinktanks, eine Entwicklung, die sich auch in den USA abzeichnete.

Der Literaturwissenschaftler und Moderator Ulrich SCHMID von der Universität St. Gallen fragte nach der Relevanz von Konzepten der „colonization“ und „decolonization“, die in den letzten zehn Jahren in den Wissenschaften zu buzz-words avanciert seien. Górny verwies darauf, dass post-koloniale Theorien in Polen und Tschechien vor allem von rechtsgerichteten Personen im Sinne einer „Selbst-Viktimisierung“ genutzt würden. Auch Rutland betrachtet den Erkenntnisgewinn dieser Konzepte als wenig hilfreich, da sie schnell für

Schulduzuweisungen genutzt würden. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe nichts mit Dekolonisierung, sondern mit den Entwicklungen in Europa zu tun. Nußberger verwies darauf, dass der Krieg zu einem Paradigmenwechsel in den Rechtswissenschaften geführt habe. Inzwischen sei deutlich geworden, dass es konträre Rechtsauffassungen in Bezug auf Demokratie und Gewaltenteilung gebe. Um Rechtsinstitutionen im östlichen Europa zu verstehen, sei es wichtig, den historischen Kontext und die Tradierung des Rechtsverständnisses zu kennen. Für derartige interdisziplinäre Forschung sind Forschungsverbünde und interdisziplinäre Institute wie die Leibniz-Forschungsgemeinschaft und das Herder-Institut wichtig. Im angelsächsischen Raum, so Rutland, sind derartige Strukturen in Großbritannien wesentlich besser ausgebildet als in den USA. Hier sei eher ein Rückgang der interdisziplinären Forschung zu beobachten. In Polen, so Górny, gäbe es Forschungsmittel für die Geistes- und Sozialwissenschaften vor allem für Projekte im Bereich der „digital science“, dabei mangle es aber an guten Ansätzen zur Verarbeitung der Daten. Da bei digitalen Forschungsan-

sätzen häufig die Relevanz von Daten vor der Durchführung der Forschung definiert werden müssten, entstünde ein Dilemma zwischen der induktiven und der deduktiven Forschung. Nußberger betrachtete den Ruf nach Interdisziplinarität eher kritisch: für die Beantragung von Forschungsmitteln sei der Verweis auf Interdisziplinarität unausweichlich, im Wissenschaftsbetrieb aber eher ein „career killer“. Wissenschaftler*innen mit interdisziplinärer Forschung seien de-facto häufig im Nachteil.

BREITE THEMATISCHE UND METHODISCHE DISKUSSIONEN IN DEN FACHSEKTIONEN

Welche Entwicklungen, Methoden und Themen beschäftigen einzelne Fachbereiche der Osteuropawissenschaften? Diese Fragen standen im Fokus der sieben thematischen Sektionen von ceecon. Neu war 2024 eine achte Sektion für Fragestellungen, die alle Fachbereiche gleichermaßen betreffen.

Die Panels der Sektion „Believing and/or Belonging: Religious Identity in Social and Political Conflict“ befassten

sich aus multidisziplinärer Perspektive mit verschiedenen Aspekten religiöser Identität in gesellschaftlichen und politischen Krisen. Ein historisch ausgerichtetes Panel diskutierte die Nutzung religiöser Medien in der Perestroika. Länderstudien aus Polen, Ukraine, Belarus, Ungarn, Bulgarien, Georgien, Armenien, Azerbaidschan und Kasachstan zeigten, wie Religion genutzt wird, um Identitäten in Krisen zu stabilisieren. Unterschiede ergeben sich je nach Stärke der Zivilgesellschaft, die eine exklusive, identitäre Zusammenarbeit von Staat und religiösen Institutionen mehr oder weniger verhindern kann.

Selbstverortungen bildeten den Schwerpunkt der Sektion „Contemporary Self-positionings“. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie sich mit epochalen historischen Zäsuren (1945, 1989/91) Selbstverortungen im östlichen Europa gewandelt haben und Neuverhandlungen von Identität(en) initiiert wurden. Diskutiert wurde ein breites, interdisziplinär angelegtes Spektrum von Selbstverortungen und Selbstbeschreibungen: Geschlecht und Nation, Geschichtsbilder, Russlands Krieg gegen die Ukraine, Polen in der Gegenwart.



Sylvie Kauffmann



Michael Rochlitz

Im Rahmen der Sektion „Law as a Bulwark against the Abuse of Power“ wurden die Themen: „Rule of Law under Pressure in Eastern Europe: Problems and Reform Strategies“, „Evolution of Family Relationships, Legal Regards on Civil Family Duties“, „Internal Legal System and International Co-operation“, „Human Rights and Local Self-Governance“ sowie „Developing Resilient Institutions“ diskutiert. Dabei standen Fragen der Rechtsstaatlichkeit und des Schutzes benachteiligter Personen im Vordergrund.

Obwohl Migration in Zeiten der Polykrise weltweit für Verwerfungen sorgt, prägten vor allem die Fluchtbewegungen infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und aus Belarus die Beiträge der Sektion „Migration in Times of Polycrisis“. Die Panels thematisieren unter anderem die Situation ukrainischer Flüchtlinge vor allem in den Zielländern, die Bedingungen, unter denen eine Rückkehr wahrscheinlich ist, aber auch den transnationalen Beziehungen zwischen der Diaspora und den in der Ukraine verbliebenen Menschen. Auch die russischen Exilgemeinschaften waren Thema. Die Beiträge deckten eine große dis-

ziplinäre und methodische Breite ab, die von einem Umfrageexperiment in der politischen Ökonomie bis hin zu ethnographischer Forschung und Citizen Science in der Friedens- und Konfliktforschung reichte.

Die Sektion „War Effects on Food Systems and the Environment“ fand in Kooperation mit dem gleichnamigen Forschungsnetzwerk statt und behandelte Probleme der Ökologie, der Nahrungsmittelproduktion sowie des Agrarhandels in der Ukraine und transnational, seit der russischen Invasion 2022 und in historischer Perspektive.

Der Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hat auch intensive Debatten über falsche Hoffnungen und Erwartungen an die vermeintliche Sicherheit von Friedensordnungen hervorgerufen. Bereits der Bürgerkrieg des zerfallenden Jugoslawiens hatte die Fragilität der 1989–1991 entstandenen neuen Staatenordnung gezeigt. Sie als stabile Friedensordnung anzusehen, war eine fehlerhafte westeuropäische Interpretation. Damit ähnelt sie Deutungen der Friedensordnung der Pariser Vorortverträge oder auch der Pax Sovietica. Die Sektion



Mareike zum Felde, Johannes Kleimann

„The Establishment of Security? (False) Expectations of Peacetime Orders“ diskutierte in mehreren Panels exemplarisch aus historischer und politikwissenschaftlicher Perspektive die Deutungsversprechen von Sicherheit und langfristiger Ordnung und mit besonderem Blick auf politische Brüche in der Geschichte der Ukraine auch Fragen der Legitimität politischer/territorialer Ordnungen in Landes- und Staatsbeschreibungen.

Schließlich thematisierte die Sektion „Quantitative Insights on Developments in Eastern Europe“ den sozioökonomischen Implikationen des Krieges sowie dem autokratischen Druck.

WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION, DIE RUSSISCHE KONSERVATIVE INTERNATIONALE UND NEUE PRÄSENTATIONSFORMATE

Die Sektion „Talking Science, Talking Science Politics“ vereinte eine ganze Bandbreite von Themenfeldern, die über die Grenzen der einzelnen Fachdisziplinen von Bedeutung sind. Neben Fragen nach deutsch-ukrainischen Wissenschaftskooperationen

ging es dabei unter anderem um Förderstrategien in Kriegszeiten oder Wissenschaftskommunikation in den Osteuropastudien. Ein Panel zur russischen konservativen Internationale rundete diese Sektion ab.

Das PhD-Panel brachte sieben PhD-Student*innen in einem innovativen Format von Peer-Präsentationen zusammen. Das Panel regte alle Teilnehmer*innen dazu an, neue Perspektiven auf ihre Forschungsthemen einzunehmen. Die Aufgabe bestand darin, in Kleingruppen Projekte aus verschiedenen Disziplinen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. So diskutierten die Teilnehmer*innen über Fragen des sozialen Aufstiegs in Mittel- und Osteuropa, Medien und Nationalismus sowie Erinnerungskulturen in verschiedenen Fachdisziplinen.

„OSTPOLITIK“ REVISITED: FOREIGN POLICY TOWARDS EASTERN EUROPE FROM THE 1970s UNTIL TODAY

Das Abschlusspanel spannte einen Bogen von der Wissenschaft in die Politik und von der deutschen „Ostpolitik“ in den siebziger Jahren bis zur politischen

Situation heute. Im Zentrum der Debatte stand dabei der Vergleich deutscher außenpolitischer Strategien mit denen in anderen europäischen Staaten.

Die Journalistin Sylvie KAUFFMANN von Agence France-Press wies auf strukturelle Unterschiede in den deutschen und französischen Beziehungen zu Russland und der Sowjetunion hin. Während Deutschland seine Politik nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich stärker auf die Sowjetunion und de-facto Russland ausrichtete, pflegte Frankreich engere Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten und berücksichtigte dabei auch dissidentische Kreise. Die deutschen Sozialdemokraten hatten einen direkten Austausch mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, während dies in Frankreich die Prämie der Kommunisten war. Dies führte auch dazu, dass die deutschen Sozialdemokraten das Kriegsrecht in Polen gegen die Gewerkschaft Solidarność billigend in Kauf nahmen. Arndt FREYTAG VON LORINGHOVEN, ehemaliger Diplomat im Auswärtigen Amt betonte, dass die Ostpolitik in Deutschland durchaus umstritten war, dass aber bis heute in Deutschland ein weitgehender Konsens darüber besteht, dass diese Annäherung half, um den Kalten Krieg zu überwinden. In Ostmitteleuropa werde diese Ansicht nicht geteilt. Die ehemalige litauische Präsidentin Dalia GRYBAUSKAITĖ verdeutlichte diese unterschiedlichen Sichtweisen an der Bewertung des ehemaligen sowjetischen Generalsekretärs Mikhail Gorbachev: für die Deutschen sei er bis heute ein Held, für die Litauer ein Krimineller.

Deutschland, so Freytag von Loringhoven, brauchte im Gegensatz zu Polen lange, um im neuen Jahrtausend die imperialen Interessen des russischen

Präsidenten Vladimir Putin zu erkennen. Auch die selbst gewählte Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energielieferungen sei ein großer Fehler gewesen. Laut Grybauskaitė zeigte sich am deutschen Umgang mit der Gaspipeline North Stream II, dass Deutschland die diplomatischen Beziehungen zu den baltischen Staaten bis zum vollumfänglichen russischen Angriff auf die Ukraine kaum berücksichtigt habe. Deutschland habe sich in der Vergangenheit auf preiswerte Energielieferungen aus Russland, Sicherheitsversprechen der USA und billige Arbeitskräfte in China verlassen und müsse nun umdenken.

Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch die künftige Erweiterung der EU. Die EU- und die NATO-Osterweiterung wurden nach dem Ende des Kalten Kriegs vor allem von den ostmitteleuropäischen Staaten forciert. Frankreich, so Sylvie Kauffmann, war sehr zögerlich. Die künftige Erweiterung der EU, so Grybauskaitė, fordere viel Zeit und sei eine rein politische Entscheidung. Aber die Europäische Union müsse auch über Russland hinausdenken. Der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen den USA, China und der EU könnte in einen Handelskrieg münden. Und EU-Sicherheitspolitik müsste auch den Nahen Osten, Nord-Korea und China berücksichtigen. Die „Ostpolitik“ sei ein sehr begrenztes Konzept gewesen. Wichtig sei es jetzt, gemeinsam zu handeln.

Mit seiner interdisziplinären Ausrichtung hat der Osteuropa-Kongress ceecon auch in 2024 wieder zu einer ganzen Bandbreite zentraler Forschungsthemen ermöglicht und den Teilnehmer*innen so neue Perspektiven und Herangehensweisen eröffnet. Diskussionen zu fächerübergreifend relevanten Themen sowie politische Debatten haben das Profil des Kongresses abgerundet.



Paul Schröck

Osteuropa-Expertise: Wissenschaft und „Softpower“ in Zeiten des Krieges

Bericht: Carla Kerkmann

Seit über 100 Jahren ist die **Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde** (DGO) bereits ein wichtiges Forum für Wissenschaft und Öffentlichkeit. Die Geschichte des größten Verbands der deutschsprachigen Osteuropafor-schung ist dabei allerdings eine wechselhafte. 1913 als *Gesellschaft zum Studium Russlands* gegründet, wurde sie in der Zeit des Natio-nalsozialismus weitgehend gleichgeschaltet und 1939 endgültig aufgelöst. 10 Jahre später – am 18. November 1949 – erfolgte die Wieder-gründung auf Initiative des Publizisten Klaus Mehnert in Stuttgart. Anlässlich dieses Jubiläums veranstaltete die DGO in Kooperation mit dem ifa (Institut für Auslandsbe-ziehungen) in Stuttgart eine Podiumsdiskussion zum Thema *Osteuropa-Expertise: Wissenschaft und „Softpow-er“ in Zeiten des Krieges*.

Im Zentrum stand dabei die Berichterstattung über den vollumfänglichen An-griffskrieg Russlands gegen die Ukraine und das dafür notwendige Hintergrundwissen. Der Krieg hat einmal mehr gezeigt, dass der Bedarf an Wissen über Kultur,

Geschichte und Gesellschaft in Ländern und Regionen in geopolitischen Krisenzeiten besonders hoch ist. Und um außenpolitische Konflikte einordnen zu können, braucht es den Blick auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in den Ländern. Die Journalistin Tamina KUTSCHER, der Historiker Klaus

GESTWA (Professor für Osteuropäische Geschichte der Universität Tübingen) und Matthias MIDDELL (Professor für Kulturge-schichte an der Universität Leipzig) diskutierten über die Relevanz der Regional-wissenschaften für Politik und Gesellschaft sowie über den Wandel der Anforde-rungen an Osteuropaex-pertise vom beginnenden Kalten Krieg bis heute.

Zur Begrüßung verwies Gastgeber Sebastian KÖRBER, stellvertretender Generalsekretär des ifa,

auf die Wichtigkeit von Regionalwissenschaften in Zeiten von globalen Krisen und regionalen Kriegen. DGO-Präsident Ruprecht POLENZ warf einen kri-tischen Blick auf die Geschichte der Gesellschaft von

Veranstaltung anlässlich des 75. Jubiläums der (Wieder-) Gründung der DGO in Stuttgart
Vortrag und Podiumsdiskussion,
18. November 2024

In Kooperation mit dem Institut
für Auslandsbeziehungen (ifa)

ihrer Gründung 1913 bis heute und zog Parallelen zwischen der Zeit der Wiedergründung vor 75 Jahren und der politischen Lage der Gegenwart. Zudem sprach er über das Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, in dem sich die DGO seit ihrer Gründung befinde und das immer auch ein Spiegel der deutschen Beziehungen zum östlichen Europa bilde. Die Forderung nach einer „Feindbeobachtung“, wie sie dieses Spannungsfeld während des Kalten Krieges hervorgebracht habe, dürfe, so Polenz, heute aber keinesfalls mehr Aufgabe der DGO sein.

Ein solches Spannungsfeld war auch Thema des Einführungsvortrags von Paul SCHRÖCK (Universität Freiburg). Schröck zeichnete die Debatten im Kontext der Neugründung 1949 nach und zeigte auf, wie sich diese zwischen den Polen von wissenschaftlicher Objektivität und antikommunistischer Gegnerforschung bewegten. Diese Pole würden angesichts der aktuellen politischen Lage in Europa wieder zunehmend an Bedeutung gewinnen.

OSTEUROPA-WISSENSCHAFTEN UND REGIONALSTUDIEN

In der anschließenden Podiumsdiskussion stand zunächst die Frage nach dem Potenzial und den Herausforderungen von Regionalstudien und insbesondere der Osteuropa-Wissenschaften im Mittelpunkt. Gestwa sah dabei die Aufgabe der Osteuropa-Wissenschaft vor allem in der Untersuchung und Entlarvung von historischen Narrativen, die in Form von Gedenkpoltik in der russischen Propaganda genutzt werden. Middell verwies auf die koloniale Vergangenheit der Regionalstudien und erläuterte deren Schwerpunkte sowie die daraus resultierenden „Lücken“ – also Länder und Regionen, die nicht im Fokus konkreter Regionalstudien stehen. Gestwa definierte die Ukraine als eine solche „Lücke“, die es von der Osteuropa-Wissenschaft zu schließen gelte. Auch im Journalismus, so Kutscher, gäbe es eine solche Schwerpunktsetzung, die aber ebenfalls Lücken hervorbringe.

Middell zog einen Vergleich zum Aufbau der Regionalstudien in China. Dort würden diese als Hauptdisziplin angesehen, die institutionell besser verankert seien als in Deutschland. Darüber hinaus gab er zu bedenken, dass Regionalstudien in China – anders als im Westen – eben keinen kolonialen Charakter hätten. Der Druck auf

die Regionalstudien sich im globalen Kontext zu verändern und angesichts internationaler Konkurrenz weiterzuentwickeln, sei im Westen daher deutlich stärker.

Gestwa thematisierte die Folgen von Russlands zunehmender Autokratisierung und der damit verbundenen abnehmenden Möglichkeiten von Forschung in und zu Russland für die Regionalstudien. Andere Regionen, wie Zentralasien und der Südliche Kaukasus würden dadurch in den Fokus rücken. Trotzdem sei die Forschung zu Russland weiterhin wichtig, betonte er. Kutscher gab zu bedenken, dass auch die Situation ausländischer Journalist*innen in Russland zunehmend schwieriger würde, da deren Akkreditierung und Arbeit unter der strengen Kontrolle des Regimes stünden.

POLITISCHE DEBATTEN IN DEN DEUTSCHEN MEDIEN

In der Folge kamen die Panelist*innen auch auf die deutsche Medienlandschaft zu sprechen. Kutscher forderte die Rückkehr zu einer faktenbasierten Diskussion über die politische Theorien und Handlungsempfehlungen. Zudem forderte sie differenzierte Berichte statt unvollständiger Vereinfachungen. Dies sei in Zeiten von Populismus und Desinformation besonders relevant. Middell verwies darauf, dass seiner Meinung nach im angelsächsischen ebenso wie im französischen Raum, mehr um die Wahrheit gerungen würde als in den deutschen Medien. Er warf den deutschen Medien, aber auch der Gesellschaft vor, sich zu sehr auf die Politik Putins zu fokussieren und die russische Gesellschaft als Ganzes außer Acht zu lassen: Gestwa widersprach dem entschlossen.

FEINDBEOBACHTUNG

Auf die Frage, ob die Osteuropa-Wissenschaft Gefahr laufe, in ihrer Betrachtungsweise auf alte Feindbilder aus der Zeit des Kalten Kriegs zurückzufallen gab Gestwa zu bedenken, dass Osteuropa-Wissenschaftler*innen heute deutlich mehr persönliche Kontakte nach Russland pflegen würden. Die Gefahr, in undifferenzierte Freund-Feind-Dichotomien zu verfallen, sei dadurch kleiner, als noch zu Zeiten der Wiedergründung der DGO. Middell argumentierte, dass es schwer sei, in der aktuellen Situation festzustellen, ob die Wissenschaft zur Feindbeobachtung verkomme. Dies könne man nur im Rückblick feststellen.



v.l.n.r.: Klaus Gestwa, Tamina Kutscher, Matthias Middell

Einig waren sich die Beteiligten darin, dass Regionalstudien in Zeiten regionaler Kriege und globaler Krisen besonders relevant seien. Gleichzeitig dürfe man aber auch ihre Weiterentwicklung nicht aus den Augen verlieren. Eine Feindbeobachtung solle auch in Zeiten des russischen Krieges gegen die Ukraine dringend vermieden werden, stattdessen sei eine faktenbasierte Diskussion um politische Handlungsmöglichkeiten wichtig.

Gespaltene Gesellschaft in Estland?

Bericht: Per Thomsen

Wie in Deutschland, so wird auch in Estland darüber debattiert, ob das Land gespalten sei – etwa zwischen der Estnisch sprechenden Mehrheit und der russischsprachigen Minderheit oder aber zwischen jenen Teilen der Gesellschaft, die mit den rasanten Transformationsprozessen nach 1991 Schritt hielten, und jenen, die das nicht vermochten. Was verbirgt sich hinter diesen Spannungen? Welche Rolle spielen die Folgen der sowjetischen Unterdrückung und die Sorgen um die estnische Sprache und Kultur? Wie schlägt sich das Bewusstsein der Esten um die kleine Größe und die geografische Lage ihres Landes in diesen Debatten nieder?

Diese und weitere Fragen standen im Zentrum einer gemeinsamen Veranstaltung der DGO mit dem Nordost-Institut in Lüneburg. Merit KOPLI (Kulturattachée an der Botschaft der Republik Estland) und Vello PETTAI (European Centre for Minority Issues, Flensburg) diskutierten u.a. darüber, wann sich hinter der Meinungsvielfalt demokratischer Staaten eine gespaltene Gesellschaft offenbart.

Moderator David FEEST (Nordost Institut) begann die Diskussion mit einem Rückgriff auf das Narrativ eines „zweiten Estlands“ – dem Teil der Bevölkerung, der im rasanten Transformationsprozess der 1990er Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren konnte und sich von den Eliten nicht repräsentiert fühlt. Feest warf die Frage auf, ob diese vermeintliche Spaltung der estnischen Gesellschaft auf spezifische historische Erfahrungen Estlands zurückzuführen sei oder ob es sich doch um typische Begleiterscheinung gesellschaftlichen Wandels und der Globalisierung handele.

Pettai ging zunächst auf die ethnische Spaltung Estlands zwischen Russ*innen und Est*innen ein. Da ein Großteil der russischen Minderheit nur Russisch und kein Estnisch gesprochen habe, seien die 80er und 90er Jahre aus soziolinguistischer Perspektive eine Zeit tiefer Trennung gewesen. Mittlerweile zeigten die Integrationsbemühungen des Staates jedoch Erfolge. Pettai bemühte sich darum, ein differenziertes Bild der estnischen Gesellschaft zu zeichnen

und verwies darauf, dass es auch heutzutage in Estland regionale Unterschiede im Hinblick auf die Integration der russischen Minderheit gebe. So sei beispielsweise Tallinn multilingual geprägt, während in Narwa etwa 94% der Menschen russischsprachig seien. Es sei sogar im Gespräch gewesen, die Region um die Stadt Narwa in eine russischsprachige Autonomieregion umzuwandeln. Eine Mehrheit der Est*innen empfand dies allerdings als inakzeptabel. Stattdessen versuchte der Staat durch die Ansiedlung von Behörden und Institutionen wie der Akademie für innere Sicherheit oder der staatlichen Stiftung für Integration die estnische Sprache in der Stadt präsenter zu machen. Mit der Bildungsreform geht Estland nun einen weiteren Schritt: nach und nach wird der Unterricht in allen Schulen auf Estnisch umgestellt. Diese Schulreform, so Pettai, komme auch der russischen Minderheit zugute, da sie so besser in die estnische Gesellschaft integriert werde und bessere Zukunftschancen habe. Gleichzeitig räumte er ein, dass das Recht auf die eigene Sprache ein zentraler Pfeiler des Schutzes nationaler Minderheiten darstelle. Die Crux bestehe darin, die russische Minderheit zu vollwertigen Mitgliedern der estnischen Gesellschaft zu machen, ohne ihre spezifische Identität zu marginalisieren.

Feest wandte ein, ob die Integration einer Minderheit überhaupt durch eine Maßnahme gefördert werden könne, die von vielen als Rechtsbruch wahrgenommen werde. Pettai widersprach mit Verweis auf den estnischen Integrations-Monitor. Diesem zufolge könne auch die russische Minderheit nicht als homogene Gruppe betrachtet werden. So gebe es 20 Prozent, die voll integriert seien, über 28 Prozent, die nicht besonders integriert seien und sich passiv verhalten, bis hin zu rund 15 Prozent, die dem estnischen Staat gegenüber negativ eingestellt seien. Entsprechend seien auch kaum Proteste gegen die Schulreform aufgekommen. Pettai räumt allerdings ein, dass der Druck auf die russische Bevölkerung im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine enorm gestiegen sei.

Pettai und Kopli waren sich dahingehend einig, dass die Trennung zwischen Mehrheit und Minderheit übertrieben werde. Kopli begrüßte die von ihr so genannte Emotionalisierung der Gesellschaft als Meinungspluralismus. Die Polarisierung verlaufe auf verschiedenen Ebenen, aber nicht zwangsläufig zwischen Est*innen und Russ*innen. Innerhalb der russischen Minderheit gäbe es die übliche Tren-

nung zwischen Alt und Jung – wobei die älteren eher Vladimir Putin unterstützen, während die jüngeren mehrheitlich pro-europäisch eingestellt seien. Die Trennlinien verliefen also zwischen weltoffen und verschlossen. Lediglich eine gewisse Sowjetnostalgie könne spezifisch der russischen Minderheit attestiert werden. Dafür zeigte Kopli Verständnis, da die Sowjetunion freies Reisen im gesamten Gebiet möglich gemacht habe. Die Trennlinien der estnischen Gesellschaft würden daher ähnlich verlaufen wie im Rest der Europäischen Union – zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen einer vertieften Integration, zwischen pro und contra im Hinblick auf die Ehe für alle und ähnliche Fragen. Vor allem in Deutschland neige man dazu, die Mehrheit-Minderheit Beziehung zu pathologisieren so Feest. Dies könne auch als Herabwürdigung verstanden werden. Pettai und Kopli pflichteten ihm bei und fügten hinzu, dass es vielmehr ein starker Rechtspopulismus sei, der den Diskurs im Land präge.

Abschließend kam die Runde auf die Sicherheitslage in Estland zu sprechen. Kopli stellte fest, dass seit dem vollumfänglichen russischen Angriff auf die Ukraine die Warnungen aus dem Baltikum vor einer russischen Aggression ernst genommen würden. Das Sicherheitsdenken sei tief verankert in der estnischen Politik, so Pettai. Er plädierte für eine verstehende Perspektive, welche die Erfahrungen aus der Sowjetzeit respektiere, aber nicht pathologisiere und gesellschaftliche Konflikte nicht auf diese Vergangenheit reduziere.

Die Veranstaltung wurde live gestreamt, die Aufzeichnung können Sie unter diesem Link abrufen: <https://youtu.be/ZW8JIV-ZdNk>.



Feuerdörfer. Wehrmachtsverbrechen in Belarus – Zeitzeugen berichten

Von Per Christian Thomsen

Auch 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist in der deutschen Öffentlichkeit das Ausmaß der Verbrechen der deutschen Besatzung in Belarus wenig bekannt. Einen wichtigen Beitrag zur Bewusstmachung dieser Verbrechen leistet das in Belarus bereits 1975 erschienene Buch *Ich bin aus einem Feuersdorf* von Ales Adamowitsch, Janka Bryl und Uladsimir Kalesnik. Das Buch stellt die unter der Maßgabe sogenannter „Partisanenbekämpfung“ erfolgten Massaker an der belarusischen Zivilbevölkerung dar. Ihr fielen etwa 9.200 Dörfer zum Opfer; 5.295 davon wurden mitsamt all ihren Bewohner*innen ausgelöscht. Insgesamt haben Wehrmachtsangehörige zwischen 350.000 und 375.000 Personen aus der überwiegend nicht-jüdischen Landbevölkerung in Belarus ermordet.

Zwischen 1970 und 1973, also fast dreißig Jahre nach Kriegsende, spürten die Autor*innen in der gesamten Belarusischen Sowjetrepublik Überlebende aus den sogenannten „Feuerdörfern“ auf und interviewten sie.

Mühsam wurden die Tonbänder anschließend von namenlosen Zuarbeiter*innen transkribiert und schließlich von den Autor*innen zu einem Gesamtwerk zusammengestellt und durch eine Erzählstimme ergänzt.

Buchvorstellung und Online-Diskussion

18.11 und 09.12., Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung | Online

In Kooperation mit dem Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung

Nun wurde das Buch von Thomas WEILER ins Deutsche übersetzt. Das Forum für historische Belarus-Forschung der DGO richtete gemeinsam mit dem Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL) zwei Veranstaltungen zum Erscheinen der Übersetzung aus. Bei der Buchpräsentation am ZfL stand in der Diskussion mit Thomas Weiler, Nina WELLER (ZfL), Irina SCHERBAKOWA (Memorial) und Aliaksandr DALHOUSKI (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa) das Werk selbst im Vordergrund. Im

Rahmen der Online-Diskussion des Forums für historische Belarus wiederum gingen Franziska EXELER (Freie Universität Berlin), Alexander FRIEDMAN (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Übersetzer Weiler und Weller stärker auf die historischen und

literarischen Kontexte des Buches ein. Der Bericht bezieht sich vor allem auf die Online-Diskussion.

Gleich zu Beginn verwies die Literaturwissenschaftlerin Weller darauf, dass das Buch durch die Einführung einer Erzählstimme weit über eine reine Stimmen-sammlung hinausgehe. So versuchten die Autor*innen zwischen den Zeitzeug*innen-Berichten immer wieder eine übergeordnete Ebene einzuführen, welche auch auf einen, aus heutiger Sicht möglicherweise irritierenden, Pathos setzte. Damit wollten die Autor*innen aus der Vielzahl der Stimmen eine Art kollektives Leid des gesamten belarussischen Volkes ableiten. Dieser Versuch, ein kollektives „Wir“ zu schaffen, werde auch deutlich an der 1991 erschienenen Doppelausgabe des *Feuerdörfer*-Buches zusammen mit dem Buch *Blockade* von Ales Adamowitsch und Daniil Granin über die Leningrader Blockade. Weller führte weiter aus, dass Adamowitsch eine Brücke zwischen beiden Büchern und Ereignissen schlagen wollte, um so das im Zweiten Weltkrieg erfahrene Leid zu einer gemeinsamen Erfahrung des „sowjetischen Volkes“ zu machen.

Der Begriff des „sowjetischen Volkes“ blende allerdings die spezifischen individuellen Identitäten der Ermordeten aus. Es würde beispielsweise kein Unterschied zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Opfern gemacht, so der Historiker Friedman. Vielmehr würden sie alle als „sowjetisch“ zusammengefasst. So wurde der Holocaust zu einem Verbrechen gegenüber Fremden und deren Schicksale in der kollektiven Erinnerung marginalisiert. Dies weise auf einen bemerkenswerten Unterschied zwischen der belarusischen und der deutschen Erinnerungskultur hin, so Friedman: Während in Deutschland die Erinnerung an die systematische Ermordung der europäischen Juden im Zentrum stehe, werde in Belarus überwiegend der als sowjetisch gelesenen Opfer gedacht. So findet der Holocaust auch im Buch über die *Feuerdörfer* keine Erwähnung, hob Friedman hervor. Im Gegensatz dazu sei in Deutschland der Holocaust nahezu omnipräsent, die unzähligen weiteren Wehrmachtsverbrechen fänden hingegen nur langsam einen Weg in die kollektive Erinnerung.

Während das Fehlen des Holocaust im Kontext des Buches noch mit einem speziellen Fokus auf das Leid der belarusischen Landbevölkerung erklärt werden könne, führte Thomas Weiler die Auslassung gewalttätiger Handlungen von Partisan*innen gegenüber der

eigenen Bevölkerung auf Selbstzensur zurück. Die Autor*innen hätten gewusst, dass solche Taten nicht in das sowjetische Narrativ des sogenannten „Großen Vaterländischen Krieges“ passten und sie deshalb bewusst weggelassen. Selbiges gelte beispielsweise für das Wegretuschieren einer Papirossa-Zigarette aus dem Mund eines Dorfbewohners auf einem Foto, oder die Tabuisierung von Geschichten über Kollaborateur*innen innerhalb der belarussischen Zivilbevölkerung.

Franziska EXELER (FU Berlin) stellte gleichzeitig fest, dass die Grenzen des Sagbaren auch immer wieder sanft überschritten wurden. Vor allem die Tatsache, dass im Buch über die *Feuerdörfer* Frauen zu Wort kämen, stünde dem offiziellen Narrativ über die Partisanenbewegung entgegen, welches allem voran die Rolle von Männern hervorhebe. Frauen erscheinen im Buch zwar vornehmlich als Leidtragende, allerdings bekämen sie durch den bloßen Rückgriff auf ihre Erzählungen eine Rolle als Akteurinnen. Insgesamt, so Exeler, werde die Erinnerungskultur seit den 1980er Jahren persönlicher. Das Buch über die *Feuerdörfer* sei als Ausdruck dieser Entwicklung zu betrachten.

Beide Veranstaltungen machten die gesellschaftliche und erinnerungskulturelle Relevanz des Buches deutlich. Mit der Übersetzung ist dieses für die belarusische Nachkriegsgeschichte so bedeutsame Publikation nun auch einem deutschsprachigen Publikum zugänglich.

Die Online-Dikussion wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung kann unter dem folgenden Link abgerufen werden: <https://youtu.be/-EQLZpYJeUM?feature=shared>.



Academia in Ukraine in Times of War Current Challenges and Future Perspectives

Bericht: Per Christian Thomsen

Wie schon im Jahr zuvor hat das SCIENCE AT RISK EMERGENCY OFFICE 2024 Studien zu den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Wissenschaftslandschaft in der Ukraine sowie zur Wissenschaftsfreiheit in Russland und Belarus erstellt.

Die DGO stellte diese Studien in drei Veranstaltungen gemeinsam mit SCIENCE AT RISK und weiteren Partnern vor. Der Bericht bezieht sich auf die Vorstellung der Studie zur Ukraine.

Der Monitoring Report des SCIENCE AT RISK EMERGENCY OFFICE „Academia in Ukraine in Times of War: Understanding the Status-Quo, Challenges, and Support Needs“ zeigt unter anderem die Zerstörung des ukrainischen Bildungs- und Wissenschaftssektors und dessen Folgen für die Betroffenen auf. Philipp Christoph SCHMÄDEKE präsentierte zentrale Ergebnisse des von Maryna RABINOVYCH und Iuliia IASHCHENKO verfassten Reports. So verwies er u.a. auf den signifikanten

Brain-Drain aus der Ukraine hin, der als Folge verschiedener Unzulänglichkeiten im ukrainischen Wissenschaftssystem angesehen werde, der aber durch den russländischen Überfall massiv beschleunigt wurde.

Präsentation und Diskussion
25. November 2024
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

In Kooperation mit dem SCIENCE AT RISK EMERGENCY OFFICE, dem KIU – Kompetenznetzwerk Interdisziplinäre Ukrainestudien, Frankfurt (Oder) und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

Im Anschluss an die Vorstellung des Reports diskutierten Taras DOBKO (Ukrainian Catholic University) und Susann WORSCHKECH (Kompetenznetzwerk Interdisziplinäre Ukrainestudien) gegenwärtige Herausforderungen und mögliche Reformen des ukrainischen Wissenschaftssystem sowie die Möglichkeiten, ukrainischen Wissenschaftler*innen Unterstützung zukommen zu lassen. Zu Beginn konstatiert Dobko die Überwindung der nach dem russländischen Überfall vorherrschenden Paralyse im Wissenschaftssystem der

Ukraine. Er hob dabei vier Schlüsselaspekte hervor, auf die sich Reformanstrengungen konzentrieren sollten: Resilienz, Menschen, Qualität und Unternehmertegeist. Zunächst sei es unbedingt notwendig, die Wunden des

Krieges zu heilen. Auch wenn die junge Generation eine unglaubliche Stärke zeige, sei die mentale Gesundheit der Kriegsgeneration ein großes Problem. Dobko plädierte daher für den Aufbau von Kapazitäten für psychologische Beratung an ukrainischen Universitäten. Zudem wies er auf die geringe Attraktivität universitären Arbeitens in der Ukraine hin, die aus einer mangelhaften Ressourcenlage resultiere. Viele Forscher*innen würden wegen schlechter Bezahlung ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit aufgeben. So habe der Mangel an Ressourcen einen *Brain-Drain* zur Folge. Auf die Frage wie dieser *Brain-Drain* überwunden werden könne, schlug Dobko u.a. kollaboratives, internationales Online-Lernen (COIL) und nicht-ortsgebundene Stipendien vor.

Worschech stellte grundsätzlich klar, dass ganz Europa und nicht nur die Ukraine angegriffen werde, weshalb darüber nachgedacht werden müsse, wie Kooperationen mit ukrainischen Wissenschaftsinstitutionen auf Augenhöhe gestaltet werden können. Sie betonte, dass es ohne Geld nicht gehe, dass aber auch jede finanzielle Unterstützung mit der Frage beginnen müsse, was in der Ukraine – aber auch in Deutschland – gebraucht werde. Worschech verwies zudem auf die fehlende Repräsentation der Ukraine in der deutschen Forschung: Bisher habe in der Slavistik kaum jemand über und mit der Ukraine geforscht. Sie begrüße daher die zunehmende Sichtbarkeit ukrainischer Stimmen in der deutschen Wissenschaftsgemeinschaft und hoffe, dass ein konstanter Austausch zwischen Wissenschaftler*innen beider Länder zu einer weiteren Internationalisierung beider Wissenschaftssysteme führt.

Moderatorin Gabriele FREITAG stellte fest, dass ukrainische Universitäten bisher eher niedrige Ratings vorweisen konnten und verwies auf die im Monitoring-Report erwähnten Folgen einer Trennung von Lehre und Forschung als einen Grund dafür. Auf die Frage, wie dieses Problem überwunden werden könne, hob Dobko eine Gesetzesänderung hervor, die Wissenschaftler*innen eine flexiblere Zeitplanung ermöglichen soll, merkte aber gleichzeitig an, wie mangelnde Ressourcen dazu führen würden, dass solche Möglichkeiten seitens der Universitäten häufig nicht genutzt werden könnten. Fehlende Kooperationen führte er auch auf die traditionell vorsichtige Haltung ukrainischer Universitäten zurück. Dobko betonte vor allem die finanzielle Unabhängigkeit als Grundlage für qualitativ hochwertige Forschung und Lehre. Der

Wettbewerb um Forschungsgelder könnte einen Anreiz bieten, um den Wettbewerb zwischen Unis zu fördern.

Die Möglichkeiten, über das an der Viadrina neu gegründete „Kompetenznetzwerk Interdisziplinäre Ukraine Studien“ (KIU) auch strukturelle Reformen zu fördern, sah Worschech als begrenzt an. Man könne hier höchstens durch den Austausch mit ukrainischen Universitäten etwas erreichen. Wichtig sei es, immer im Blick zu behalten, was die Ukraine wirklich braucht. Die vielfältigen in der Diaspora geknüpften Verbindungen und erworbenen Sprachkompetenzen könnten ein Motor für die ukrainische Wissenschaft werden, wenn die Menschen in ihre Heimat zurückkehren können, so Worschech.

An dieser Stelle plädiert Taras Dobko für eine stärkere Anpassung der Universitäten an eine Marktlogik und die Übernahme von Elementen aus der privatwirtschaftlichen Unternehmensführung. So könne man auch für die Kooperation mit der freien Wirtschaft attraktiv und so finanziell unabhängiger werden. Finanzielle Unterstützung für Universitäten sollten die Entwicklung effizienter Managementstrukturen fördern, so Dobko. Gleichzeitig konstatierte er eine von privatwirtschaftlicher Seite ausbleibende Wertschätzung für akademische Expertise. Es sei also möglicherweise besser, von Anreizen und nicht von Konditionalität zu sprechen – Konditionalität sei womöglich eine typisch deutsche Art über Unterstützung nachzudenken.

Zum Abschluss des Abends verwies Dobko noch einmal auf die Resilienz vieler ukrainischer Universitäten und auf den Willen zu Reformen und Weiterentwicklung. Wichtig sei vor allem, bestehende Hürden zu identifizieren, um Hilfe für ihren Abbau zur Verfügung zu stellen. Akademische Institutionen, die zu einer solchen Entwicklung bereit seien, sah Dobko in einer Vorreiterrolle für den gesellschaftlichen Wandel und eine Transformation des Wissenschaftssystems der Ukraine.

Die Monitoring Reports des SCIENCE AT RISK EMERGENCY OFFICE können Sie unter diesem Link einsehen: <https://science-at-risk.org/de/studien/>.



Digitale Geschichte in und mit Zentralasien

Bericht: Moritz Florin, Dinara Gagarina

Im Herbst 2023 entstand am Erlanger Lehrstuhl für Geschichte Osteuropas auf Initiative von Dinara Gagarina eine online-Seminarreihe zur digitalen Geschichte Zentralasiens. Ziel der Reihe war und ist es, Expert*innen aus Deutschland, Zentralasien sowie der Ukraine online und in Präsenz zusammenzubringen. Die Veranstaltungen stießen auf ein breites Interesse. Ursprünglich geplant war, die aufgezeichneten Vorträge online verfügbar zu machen, nach der Einstufung der DGO als „extremistische Organisation“ in Russland musste der Zugang jedoch eingeschränkt werden – eine Entscheidung, die die politischen Abhängigkeiten der zentralasiatischen Staaten von Russland widerspiegelt.

Zamira ISHANKHODJAEVA von der Nationalen Universität Usbekistans eröffnete die Reihe mit einem Vortrag über den Stalinismus im Kulturbereich. Ishankhodjaeva ist eine Pionierin der Digitalisierung der Geschichtswissenschaft in Usbekistan. Sie war beteiligt an dem staatlich geförderten Projekt „Raqamli Tarix“, das direkt an das staatliche „Museum der Repressionen“ in Taschkent

angegliedert ist. Die Seite „Raqamli Tarix“ bereitet ausgewählte Dokumente in digitaler Form auf und ist auf Erweiterung angelegt, unterliegt allerdings auch den Beschränkungen staatlicher Geschichtspolitik.

Eine nichtstaatliche Initiative präsentierte hingegen im Januar 2024 die kirgisische Geschichtsaktivistin Gulzat

ALAGÖZ. Alagöz ist eine der treibenden Kräfte hinter einer Plattform, die sich selbst als „Esimde“ – „in unserer Erinnerung“ – bezeichnet. Die Website der Initiative (<https://esimde.org/>) stellt lokales Wissen und Überlieferungen in den Mittelpunkt, zudem verstehen sich die Teilnehmer als Aktivist*innen des Gedenkens. In ihrem Vortrag stellte Alagöz ein Projekt zur Digitalisierung von Dokumenten von Opfern des Stalinismus vor, die in den 1930er Jahren von Kirgisistan in die Ukraine deportiert wurden

(<https://ru.esimde.org/archives/open-list>). Bemerkenswert ist die Unabhängigkeit von staatlicher Förderung, die den Aktivist*innen eine große Freiheit in der Wahl der Themen und Aktionsformen ermöglicht.

Seminarreihe
Online-Seminarreihe
9. November 2023, 11. Januar,
1. und 22. Februar, 4. April
und 13. Juni 2024

Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg



v.l.n.r.: Moritz Florin, Serhii Kokin

Die beiden sich anschließenden Vorträge handelten von Kasachstan: Taissiya MARMONTOVA von der Internationalen Universität Astana war in Erlangen zu Gast und stellte ihre Analyse zur Erinnerungspolitik in Kasachstan anhand des Beispiels stadtplanerischer Transformationen in Astana vor, darunter die Umbenennung des „Prospekt Celinnikov“ zu „Respublika Daňǵılı“ („Straße der Republik“), der „Lenin-Straße“ in „Abai-Straße“ oder der „Karl-Marx-Straße“ in „Kenesary-Straße“. In der Diskussion ging es um die Frage, wie die Studie erweitert und in den digitalen Raum übertragen werden kann, um einen interaktiven Umgang mit der Erinnerungslandschaft zu ermöglichen. Kairat ALIMGAZINOV, Leiter der Forschungsabteilung des Archivs des Präsidenten der Republik Kasachstan, stellte eine ganze Reihe von Initiativen und Portalen im Bereich der digitalen Geschichte vor, darunter eine interaktive Karte sowie spezialisierte Datenbanken zu historischen Themen wie der Hungersnot der 1930er Jahre und der Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs. Kasachstan ist auch dank staatlicher Förderung zu einem Vorreiter der Digitalisierung der Geschichtswissenschaft in Zentrala-

sien geworden. Nicht alle digitalisierten Dokumente sind frei zugänglich, es besteht eine Zweiteilung zwischen Projekten der Public History, die sich an die kasachische und internationale Öffentlichkeit richten, und internen Digitalisierungsprojekten für die historische Forschung.¹

Um Dokumente und Projekte aus dem Bereich der Stalinismusforschung ging es in den folgenden beiden Vorträgen. Iuliia IASHCHENKO, die für drei Monate als Gastwissenschaftlerin an der Universität Erlangen-Nürnberg war, präsentierte die Ergebnisse von Interviews mit weiblichen Opfern der Zwangsumsiedlungen und Deportationen der 1930er und 1940er Jahre nach Zentralasien. In ihrer Untersuchung verwendet Iashchenko statistische Methoden, um die Narrative der befragten Frauen auf Emotionen und sprachliche Besonderheiten zu analysieren. Serhii KOKIN vom Institut für Geschichte der Ukraine der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine in Kyjiw wiederum präsentierte seine Erfahrungen im Bereich der Entsperrung („Deklassifizierung“) von Archivdokumenten. Als ehemaliger Mitarbeiter des Archivs

des Sicherheitsdienstes der Ukraine (1996–2014) berichtete er aus erster Hand von der Digitalisierung und Zugänglichmachung sensibler Archivalien. Kokin konnte bis 2014 zudem mit Archiven in Zentralasien zusammenarbeiten und äußerte die Hoffnung, dass nach dem Ende des Kriegs in der Ukraine wieder eine engere Zusammenarbeit möglich sein wird.

Im vorläufig letzten Vortrag der Reihe präsentierte Baurzhan ZHANGUTTIN von der Kasachischen Nationalen Pädagogischen Universität in Almaty seine Projekte über die dem Terror zum Opfer gefallenen Mitglieder der nationalen Eliten Kasachstans. In seiner Präsentation stellte Zhanguttin exemplarisch Verwaltungsakten, Statistiken und handschriftliche Dokumente vor. Der Vortrag vermittelte zudem einen pragmatischen Ansatz der Digitalisierung historischer Materialien: Im Gegensatz zu internationalen Standards, die oft genaue Regeln für die digitale Archivierung vorschreiben, nutzt Zhanguttin einfachere technische Lösungen wie *Google Drive* für die Speicherung und Verwaltung digitaler Archivmaterialien. Diese flexible Herangehensweise ermöglicht es auch Institutionen mit begrenzten technischen Ressourcen, ihre Bestände zu digitalisieren

und zugänglich zu machen, auch wenn dies nicht den Standards der digitalen Langzeitarchivierung entspricht.

Insgesamt zeigte die Seminarreihe einerseits Chancen der Digitalisierung, andererseits auch die Grenzen des Archivzugangs in Zentralasien, ein Problem, das in fast allen Vorträgen der zentralasiatischen Forscher thematisiert wurde. Vor allem jedoch ermöglichte die Reihe den grenzüberschreitenden, transkontinentalen Austausch über Methoden und Projekte, über Sichtbarmachung und Unsichtbarkeit von Archivalien, sowie über die Chancen und Herausforderung der digitalen Geschichte in Zentralasien. Auch vor dem Hintergrund globaler Asymmetrien im Bereich der Digitalisierung erscheint es wichtig, den Austausch über digitale Geschichtsprojekte in Zentralasien zu fördern und fortzuführen.

Quellenangaben:

1. Exemplarisch: www.e-history.kz/; www.map.assembly.kz/main/home; www.kfdz.kz/; www.muragat-bko.gov.kz/; www.archive.president.kz/ru/funds/ecatalog/; www.archive.president.kz/ru/bd-nomenklaturnye-kadry-so-vetskogo-kazakhstana/; www.archive.president.kz/ru/osoby-papki/; www.asharshylyq.kz/; www.tutkyn.kz/

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
W dgo-online.org

Redaktion und Satz: Dr. Sebastian Lambertz
Satz: Marta Warmińska
Redaktionsschluss: 31.12.2024

Fotos auf den Seiten: 1 – ©Dzmitry Brushko; 2–3, 21, 31–34 – ©Ole Witt; 17, 36, 39 – ©Camilo Amaya; 27 – © Pascal Bünning; 47 – © Dinara Gagarina

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

